

republik

5 Euro April 2014

Das unabhängige Magazin für Führungskräfte im öffentlichen Bereich

MIT VERWALTUNG
INNOVATIV
1 / 2014

Wie steuert Brüssel?

Zur Zukunft der europäischen Institutionen

INTERVIEW: **Sebastian Kurz** über die Komplexität der EU

Bühnenreife Gewänder

Luisa Spinatelli und ihre „Schwanensee“-Kostüme für die Staatsoper

Apfel oder Banane?

Prominente Runde diskutiert Nachhaltigkeit im öffentlichen Bauwesen



BAUTRÄGER. MAKLER. VERWALTER.
**WIR GEBEN
WIEN EIN
ZUHAUSE.**
WWW.IMMOBILIENCARD.AT

*Profis erkennt
man an der ...*



Eine Initiative
der gewerblichen
Immobilienwirtschaft



Stefan Grampelhuber
Chefredakteur

Jürg Christandl

Was dem EU-Wahlkampf fehlt

Der EU-Wahlkampf 2014 plätschert vor sich, auch wenn er schon die eine oder andere unterhaltsame Wendungen genommen hat. Zuerst wurde Eugen Freud von der SPÖ als medientaugliches Zugpferd präsentiert. Seine ungeschickten Aussagen verhalfen der SP aber nicht unbedingt zu einem glücklichen Start. Dann mochte man annehmen, der Komplettrückzug von Hans-Peter Martin und dem Team Stronach werde den Siegeszug der FPÖ nur noch verstärken. Aber auch das ist nach den verbalen Entgleisungen von Spitzenkandidat Andreas Mölzer, der mittlerweile das Handtuch geworfen hat, nun nicht mehr ganz so sicher. Die EU ein „Negerkonglomerat“ zu nennen ist selbst für eine betont europakritische Partei der berühmte „touch too much“. Die wirklich wichtigen Themen gehen leider aufgrund dieser Diskussionen wieder einmal unter. Geht man auf die Parteien zu und fragt sie – so wie es REPUBLIK für diese Ausgabe gemacht hat (s. Seite 14) –, welche EU-Reformen sie vorschlagen, dann erhält man zumindest eine übereinstimmende Antwort: Sie wollen allesamt, dass das Europäische Parlament nur mehr an einem Ort tagen soll. Die ökonomischen und ökologischen Kosten, die das Pendeln verursacht, sind hinlänglich bekannt. Es handelt es sich deshalb um eine nicht mehr ganz so neue Forderung. Bis dato wurde sie aber von den nationalen Regierungen jener Länder blockiert, deren Standort hätte aufgegeben werden sollen. Keiner widmet sich allerdings anderen brennenden Fragen wie jener, ob es günstig ist, die EU von vielen Gesichtern (Van Rompuy, Barroso, Asthonor) gleichzeitig nach außen vertreten zu lassen, oder ob nicht ein Präsidialmodell nach US-Vorbild besser geeignet wäre. Und ist es tatsächlich noch zeitgemäß, dass jedes Mitgliedsland einen eigenen Kommissar stellt, der – wenn überhaupt – nur im eigenen Land bekannt ist?

Was außerdem in diesem Wahlkampf fehlt, ist ein Fokus auf jene Politikfelder, für die wir eine europäische Geschlossenheit benötigen: etwa auf die Energiepolitik oder den Klimaschutz.



Gudrun Haigermoser



Andrea Krieger

Im Rahmen des Europa-Schwerpunkts dieser Ausgabe hat Gudrun Haigermoser mit Verwaltungsexperten über eine mögliche Verkleinerung der Kommission und die ständig abnehmende Attraktivität der EU, speziell bei jungen Wählern, gesprochen (S. 10). Im Coverinterview steht Neo-Außenminister Sebastian Kurz Rede und Antwort – und erklärt, wie sich kleinere EU-Länder wie Österreich ein außenpolitisches Profil erarbeiten können (S. 16).

Einen Nachmittag im Reich von Luisa Spinatelli hat Andrea Krieger verbracht. Sie berichtet über die Fertigung der Kostüme zur „Schwanensee“-Produktion, die aktuell an der Wiener Staatsoper zu sehen ist (S. 20). Außerdem erhalten Sie ab Seite 28 einen detaillierten Einblick in die Entwicklung des Personalstandes im Öffentlichen Dienst.

IMPRESSUM

**MEDIENINHABER,
HERAUSGEBER UND VERLEGER**
Österreichischer Wirtschaftsverlag GmbH
Grünbergstraße 15, Stiege 1, 1120 Wien
T: (01) 546 64-0, F: (01) 546 64-528

GESCHÄFTSFÜHRER
Thomas Zembacher
DVR-Nr.: 0368491

OBJEKTLEITER
Stefan Böck
T: (01) 546 64-380, E: s.boeck@wirtschaftsverlag.at

CHEFREDAKTEUR
Stefan Grampelhuber
T: (01) 546 64-389, E: s.grampelhuber@republik-online.at

CHEF VOM DIENST
Stephan Strzyzowski
T: (01) 546 64-381, E: s.strzyzowski@wirtschaftsverlag.at

WEITERE AUTOREN DIESER AUSGABE
Gudrun Haigermoser, Andrea Krieger, Daniel Mayr

ANZEIGENLEITUNG
Franz Michael Seidl
T: (01) 546 64-240, E: f.seidl@wirtschaftsverlag.at

ANZEIGENVERKAUF
Ellisabeth Schöberl
T: (01) 546 64-247, E: e.schoeberl@wirtschaftsverlag.at

Nina Grünauer
T: (01) 546 64-282, E: n.gruenauer@wirtschaftsverlag.at

ANZEIGENSERVICE
Nina Hewson
T: (01) 546 64-484, E: n.hewson@wirtschaftsverlag.at

GRAFISCHES KONZEPT
Dirk Merbach

GRAFIK DESIGN
Simon Jappel

HERSTELLER
Friedrich VDV, Vereinigt Druckereien- und
Verlags-GmbH & CO KG, 4020 Linz
Zamenhoferstr. 43-45, www.friedrichvdv.com

ABOSERVICE
Aboservice Österr. Wirtschaftsverlag
Simmeringer Hauptstraße 24, 1110 Wien
T: +43/1/361 70 70-570, F: +43/1/361 70 70-9570
E: aboservice@wirtschaftsverlag.at

Aus Gründen der Textökonomie verzichten wir auf geschlechtsspezifische Ausformulierung und den Verweis auf (nicht)akademische Titel.

OFFENLEGUNG NACH § 25 MEDIENGESETZ:
Österreichischer Wirtschaftsverlag GmbH, Grünbergstraße 15, 1120 Wien.
Geschäftsführer: Thomas Zembacher. Prokuristin: Pia Holzner.
Unternehmensgegenstand der Österreichischer Wirtschaftsverlag GmbH:
die Herausgabe, der Verlag, der Druck und Verschleiß von Zeitungen und
Zeitschriften sowie sonstiger periodischer Druckschriften sowie die Ver-
lagstätigkeit überhaupt und der Betrieb von Verlagsgeschäften aller Art, der
Buch-, Kunst- und Musikalienhandel und alle in das Verlagsgeschäft fallenden
einschlägigen Geschäfte, insbesondere die Lohnproduktion für fremde
Rechnung. Die Produktion und der Vertrieb von Videofilmen. Die Durchfüh-
rung von Werbungen aller Art, insbesondere Inseratenwerbung (Anzeige-
annahme), Plakatwerbung, Ton- und Bildwerbung, Reportagen, Ausarbei-
tung von Werbeplänen und alle sonstigen zur Förderung der Kundenwer-
bung dienenden Leistungen.
Gesellschafter der Österreichischer Wirtschaftsverlag GmbH: Süddeut-
scher Verlag Hüthig Fachinformationen GmbH, München (100%).
Gesellschafter der Süddeutscher Verlag Hüthig Fachinformationen GmbH:
Süddeutscher Verlag GmbH, München (94,68%).
Wesentliche Beteiligungen der Süddeutscher Verlag Hüthig Fachinforma-
tionen GmbH an Medienunternehmen (alles Fachverlage): verlag moder-
ne industrie GmbH, Landsberg (100%); Hüthig GmbH, Heidelberg (100%);
Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH, Heidelberg (100%);
Verlag Werben & Verkaufen GmbH, München (100%); Medical Tribune
Verlagsgesellschaft mbH, Wiesbaden (100%); Medizin Medien Austria
GmbH, Wien (100%); Swiss Professional Media AG, Basel (100%).

KURZMELDUNGEN



Kern Bernhard

Aus für das „Lebensministerium“.
Das BMLFUW unter **Andrä Rupprechter** heißt „Ministerium für ein lebenswertes Österreich“.

**Verwaltungs-
übereinkommen**

Das neue Bundesministerium für Familie und Jugend (BMJF), das offiziell mit 1. März eingerichtet wurde, verzichtet auf die Schaffung einer eigenen Sektion für Verwaltungsaufgaben. Bei den sogenannten „Overhead-Tätigkeiten“ wird man vielmehr auf die Unterstützung des Landwirtschafts- und Umweltministeriums (BMLFUW) zurückgreifen. Ein Verwaltungsübereinkommen zwischen beiden BM wurde bereits unterzeichnet. Im BMLFUW, das ab nun den Beinamen „Ministerium für ein lebenswertes Österreich“ trägt, steht außerdem ein größerer Umbau an, der fünf Millionen Euro an Einsparungen bringen soll.



thinkstockphotos

Die Regierung einigt sich auf ein Verfassungsgesetz, das Behörden ab 2016 zu mehr Auskünften verpflichten soll.

**Aus für
Amtsgeheimnis?**

Eine Lockerung des Informationsfreiheitsgesetzes steht an. Statt grundsätzlicher Amtsverschwiegenheit soll die Öffentliche Hand in Hinkunft Infos von allgemeinem Interesse, etwa Statistiken, Gutachten und Studien, von sich aus veröffentlichen. Diese neue Regelung soll für alle Organe der Gesetzgebung, Verwaltung und der Gerichtsbarkeit auf Bundes- sowie auf Landesebene gelten, so der vorgelegte Entwurf von Kanzleramtsminister Josef Ostermayer. Für einen Beschluss ist eine Zweidrittelmehrheit nötig. Die Zustimmung der Opposition scheint derzeit wahrscheinlich.



thinkstockphotos

Düstere Prognosen für österreichische Gemeinden: Die Ausgaben steigen stärker als die Einnahmen.

Finanzprognose

Der Städtebund und das KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung haben ihre Finanzprognose für Gemeinden bis 2017 veröffentlicht: Der Überschuss der laufenden Gebarung hat sich 2013 mit 1.549 Mio. Euro an den Betrag von 2007 herangetastet. In realen Werten liegt er aber 15 Prozent unter 2007. Die Ursachen liegen in den stärker steigenden Ausgaben – zum Beispiel Krankenanstalten- und Sozialhilfeumlagen, Kinderbetreuung –, mit denen die Einnahmen nicht Schritt halten können. Bis 2017 wird der Überschuss voraussichtlich auf 1.496 Mio. zurückgehen. Damit wird der Spielraum für kommunale Investitionen und Schuldentilgungen um 25 Prozent unter dem von 2007 liegen.



06 Mathias Vogl leitet die BMI-Rechtssektion



10 Wie harmonisch läuft das Zusammenspiel der EU-Mitgliedsstaaten?



16 Sebastian Kurz im REPUBLIK-Interview



24 Prominente Diskussionsrunde zum Thema Nachhaltigkeit im öffentlichen Bauwesen

PERSÖNLICH

- 6 **Porträt des Monats: Mathias Vogl**
- 8 **Aufsteigerin des Monats: Daniela Baumgartner**
- 9 **Austria Abroad: Claudia Reinprecht**

SCHWERPUNKT

EUROPA

- 10 **Stabiler denn je**
Über die Zukunft der europäischen Institutionen
- 16 **„Wir brauchen weder Träumer noch Hetzer“**
Sebastian Kurz über die außenpolitische Rolle kleiner EU-Mitgliedsstaaten

SERIE

REPORTAGE

- 20 **Bühnenreife Gewänder**
Luisa Spinatelli von Art of Art stattet „Schwanensee“ aus

THEMA

- 22 **„Mehr als 80 britische Botschafter twittern“**
Wie wichtig sind soziale Medien für den Diplomatischen Dienst?
- 24 **Apfel oder Banane?**
Forum 4 Excellence: Nachhaltigkeit in der öffentlichen Bauwirtschaft
- 28 **Massive Überalterung, mehr Gleichberechtigung**
Wie sich der Personalbestand des Bundes entwickelt

SERVICE & INFO

- 30 **Dritte Runde für Verwaltungsmesse**
- 30 **Sickingers Einblicke**
- 31 **Terminkalender**

KARRIEREN

- 32 **Wer macht was**

PRIVAT

- 34 **Sonja Hammerschmid**
„Chancengleichheit existiert nur auf dem Papier“



Ganz und gar gar nicht nach Ministerium klingt es, wenn man an so manchem Nachmittag das Büro von Mathias Vogl betritt. Viele Stimmen und lautes Kinderlachen sind durcheinander zu hören. Hier herrscht geschäftiges Treiben. Im ersten Stock der Herrengasse Nummer 7 hat sich hofseitig der Leiter der Rechtssektion des Innenressorts (BMI) eingerichtet. Und aus ebendiesem Hof, in dem sich der BMI-eigene Kindergarten befindet, sind die Laute zu hören: Die jungen Buben und Mädchen genießen frohlockend und gut hörbar die ersten Sonnenstrahlen des Jahres.

Aber nicht nur die entspannte, etwas andere Atmosphäre überrascht. Auch der Büroherr selbst entspricht so gar nicht dem Bild eines Herrn, den Otto Normalverbraucher mit dem Innenressort in Verbindung bringen würde. Kein strenger Blick. Keine Law-and-Order-Rhetorik. Dem Vater zweier Kinder bringt selbst Kindergeschrei nicht aus der Fassung. Er strahlt eine ge-

wisse unerschütterliche Gelassenheit aus. Ein Wesenszug, der Mathias Vogl schon bei mehreren schwierigen Projekten unterstützt hat. Bei der Vorbereitung zu den letzten drei Untersuchungsausschüssen, bei denen er als Auskunftsperson auftrat, etwa. Oder im Jahr 2008, als der Sicherheitssprecher der Grünen, Peter Pilz, behauptete, Vogl habe vertrauliche Daten rund um die Abschiebung der kosovarischen Familie Zogaj an die Medien weitergegeben. „Ich habe nur Informationen bei einer Pressekonferenz verlautbart, die bereits bekannt waren. Und ich habe mich sehr genau darauf vorbereitet“, so der 49-Jährige heute. Die Anzeige von Pilz hat nie zu einer Anklage geführt. Vogl: „Ich halte diese Entwicklung für äußerst bedenklich. Politiker neigen immer mehr dazu, ihre eigene Ebene zu verlassen, und streben ein Match mit Beamten an. Eine schiefe Ebene.“ Selbst wenn das Verfahren wie in diesem Fall eingestellt wurde, bleibt ein fahler Nachgeschmack.



Den gelben Stein, den Mathias Vogl in Händen hält, hat eine besondere Bedeutung: Vor mehr als 20 Jahren absolvierte der heutige BMI-Sektionsleiter einen Austauschlehrgang der FBI Academy. Dort durchlief er auch die sogenannte „Yellow Brick Road“, die man aus der Eröffnungsszene des Oscar-prämierten Films „Das Schweigen der Lämmer“ kennt. Jeder Absolvent erhält einen Stein zum Andenken.

Tiroler Ruhepol im BMI

PORTRÄT DES MONATS: MATHIAS VOGL leitet seit neun Jahren die BMI-Rechtssektion und bereitet gerade eine Gesamtstrategie für Arbeitsmigration in Österreich vor.

Text Stefan Grampelhuber
Foto Simon Jappel

Rund ein Vierteljahrhundert ist der gebürtige Innsbrucker mittlerweile im BMI und hat dort viele Stationen durchlaufen. In den ersten Jahren studierte Vogl außerdem nebenbei noch Jus und erlangte einen der begehrten Austauschstudienplätze an der FBI Academy im US-Bundesstaat Virginia. Von 2000 bis 2002 war der Wahl-Perchtoldsdorfer im Kabinett des damaligen Innenministers Ernst Strasser für Recht, Kontrolle und Verwaltungsinnovation zuständig. Und als Vogl 2003 zum stellvertretenden Leiter der Rechtssektion avancierte, erreichte der Stand der Asylanträge mit 40.000 Stück einen neuen Höchststand. Seine Aufgabe war es in dieser Zeit, das Asylsystem komplett zu reformieren. 2005 übernahm er die Führungsrolle in der Sektion von Theodor Thanner, der nun Generaldirektor der Bundeswettbewerbsbehörde ist.

Vogls momentan größtes Projekt ist die Implementierung des neuen Bundesamts für Fremdenwesen und Asyl, das am 1. Jänner 2014 sei-

nen Betrieb aufgenommen hat. Außerdem stehen heuer die ersten Schritte zum Entwurf einer „Gesamtstrategie für die qualifizierte Zuwanderung“ an, wie es im neuen Regierungsprogramm so schön heißt. „Mir schwebt hier ein ähnliches Vorgehen wie beim Nationalen Aktionsplan für Integration vor. Derzeit sind wir dabei, das Feld abzustecken und Experten auszuwählen, die mitarbeiten sollen“, so Vogl weiter, der rund 50 bis 60 Stunden in der Woche seiner Tätigkeit widmet.

Die Wochenenden sind für seine Frau, seine zehnjährige Tochter und seinen zwölfjährigen Sohn reserviert und – wenn es die Zeit noch zulässt – für die Musik. Er spielt mit Begeisterung Gitarre und gelegentlich auch E-Bass. Sein Lieblingssong? Vogl: „Für immer jung“ von Wolfgang Ambros und André Heller. 1978 auf den Markt gebracht, basiert er auf der Übersetzung des Bob-Dylan-Songs ‚Forever Young‘ aus dem Jahr 1974. Im Übrigen imponiert mir Georg Danzer ob seiner Tiefgründigkeit auch Jahre nach seinem Abschied sehr.“

» *Politiker neigen immer mehr dazu, ihre eigene Ebene zu verlassen, und lassen sich auf ein Match mit Beamten ein.*

Die Querflötistin und der Förderdschungel

AUFSTEIGERIN DES MONATS: DANIELA BAUMGARTNER hilft der Öffentlichen Hand, Doppelgleisigkeiten im Förderwesen ausfindig zu machen. Die Bürger wiederum unterstützt sie dabei, ihren Anspruch zu erkennen.

Text Andrea Krieger



Line Crockett

Daniela Baumgartner,
BMF

Ehrenamtliches Engagement gilt als Karrierebooster. Im Falle von Daniela Baumgartner stimmt das jedenfalls. Seit Dezember 2013 leitet die 33-jährige Freiwillige des Roten Kreuzes und Exfunktionärin der Landjugend Niederösterreich die Abteilung V/8 in der IKT-Sektion des Finanzministerium (BMF). Dort ist sie mit 14 Mitarbeitern für FinanzOnline und die Transparenzdatenbank (TDB) zuständig.

Letztere ist noch ein Baby und dementsprechend betreuungsintensiv. „Der Grundgedanke ist, Licht in den Förderdschungel zu bekommen“, erklärt Baumgartner. Die Öffentliche Hand erwartet sich davon die Aufdeckung etwaiger Doppelgleisigkeiten – unter Wahrung des Datenschutzes für den Einzelnen. Die Bürger wiederum sollen einen Überblick bekommen, welche Leistungen ihnen zustehen. Was bisher geschah: „Alle 840 Bundes-Leistungsangebote sind seit Juli 2013 unter www.transparenzportal.gv.at für die Bürger ersichtlich. Bis zum Sommer wird das auch für die Landesförderungen gelten.“ Gut möglich, dass sich dann auch schon die ersten Überschneidungen abzeichnen. 2018 wird die TDB dann vollständig sein. Baumgartner versteht sich als „Drehscheibe zwischen fachlichen Anforderungen und der IT-Umsetzung.“

» 2018 wird die Transparenzdatenbank vollständig sein.

Gut, dass die gebürtige Waldviertlerin ein Technik-As ist. „Ich helfe meinen Freunden liebend gerne im Umgang mit neuen Geräten“, sagt sie.

Ihren Doppelmagister hat sie allerdings in BWL und Wirtschaftspädagogik. Danach absolvierte Baumgartner 2009 ein Praktikum im BMF. Und dort stieg sie hurtig auf. Nach zwei Jahren als Lohnsteuerreferentin in der Sektion IV berief sie die damalige Finanzministerin Maria Fekter 2012 ins BMF-Kabinett. Dort war sie für Steuerpolitik und materielles Steuerrecht zuständig. Aus nächster Nähe mitzubekommen, wie Politik gemacht wird, fand sie „höchst spannend“. Dennoch ist sie froh, jetzt wieder eine Spur mehr Freizeit zu haben.

Diesbezüglich schwört sie auf ihr freitägliche Ritual: Sie setzt sich in ihren Audi A3, den sie als ihren „größten Luxus“ bezeichnet, und fährt in ihren Heimatort Kirchsschlag. Über die integrierte Freisprechanlage wird dabei nach Herzenslust mit Freunden telefoniert. „Ich bin schon sehr neugierig“, sagt sie lachend. Am Ziel angekommen, schnappt sich Baumgartner ihre Querflöte und musiziert wie schon seit 19 Jahren mit der örtlichen Musikkapelle. Als Stabführerin gibt sie beim Marschieren den Takt vor. „Für eine Frau ist das recht ungewöhnlich“, sagt sie. Das gilt auch für ihren Job.

ZUR PERSON

Daniela Baumgartner, 32

2001 – 2009	Doppelstudium der BWL und Wirtschaftspädagogik in Wien
2009	Verwaltungspraktikum in der Sektion IV, BMF
2010 – 2012	Referentin in der Abteilung VI/7 für Lohnsteuer
2012 – 2013	Fachreferentin im Kabinett von Ministerin Maria Fekter
seit Dezember 2013	Leiterin der Abteilung Transparenzdatenbank und Finanz-Online im BMF

republik

Das unabhängige Magazin
für Führungskräfte
im öffentlichen Bereich

Testen Sie republik ein Jahr für 20,-!

So einfach geht's:

Senden Sie eine E-Mail mit Ihrer Postadresse an aboservice@wirtschaftsverlag.at

Mehr als nur „The Sound of Music“

AUSTRIA ABROAD: CLAUDIA REINPRECHT kümmert sich in Hongkong um das Imageproblem der Alpenrepublik. Text: Andrea Krieger

Überaus dynamisch, hocheffizient, sehr kosmopolitisch“ und „die freie Marktwirtschaft in ihrer reinsten Form“: Das fällt der Diplomatin Claudia Reinprecht als Erstes zur chinesischen Sonderverwaltungszone Hongkong ein. „Die Stadt profitiert vom Wirtschaftsboom in China“, sagt die 39-jährige Juristin, die seit November 2013 Generalkonsulin für Hongkong und Macao ist.

Derzeit ist sie auf der Suche nach „Themen, von deren Austausch Österreich als auch Hongkong profitieren“. Sie denkt da etwa an die heimische Behindertenpolitik, den sozialen Wohnbau, Umwelttechnologie oder Abfallwirtschaft bzw. die wechselseitige Erleichterung von Arbeitsvisa. Das 160-Jahr-Jubiläum der wechselseitigen Beziehungen kommt ihr gerade recht, um das innovative Österreich vorzustellen. Und da gibt es einiges aufzuholen. „Wenige Nationen sind schon so lange hier präsent. Dennoch verbinden hier viele nur das Musical ‚The Sound of Music‘ mit der Alpenrepublik.“ Dabei sind Swarovski und Red Bull in Hongkong bekannte Markennamen.

Die Sieben-Millionen-Einwohner-Metropole ist nach Brüssel und Jordanien Reinprechts dritter Auslandseinsatz. 2005 und 2006 arbeitete die Wienerin, die 2003 ins Außenministerium (BMEIA) eingetreten war, für die Ständige Vertretung Österreichs bei der Europäischen Union. Ihre, wie sie selbst sagt, bisher aufregendste Aufgabe: „Unser Land hatte damals den Ratsvorsitz. Angesichts des Konsensprinzips war es packend zu sehen, wie man unterschiedliche Positionen zur Zufriedenheit aller Parteien unter einen Hut bekommt.“ 2007 ging es dann für ein Jahr an die österreichische Botschaft in das jor-

» *Ich will den Hongkongern das innovative Österreich zeigen.*

danische Amman. Direkt vor dem jetzigen Job wirkte sie im Kabinett des früheren Außen- und jetzigen Finanzministers Michael Spindelegger als Referentin für europäische und internationale Angelegenheiten.

Ihre Mission möchte Reinprecht zum Anlass nehmen, „Asienexpertin zu werden“. „Innerhalb von vier Stunden kann man von Hongkong aus ganz Südostasien bereisen“, schwärmt sie. Kürzere Arbeitspausen nützt Reinprecht für Ausflüge mit der dreiköpfigen Familie und dem Hund. „Hongkong zählt zwar zu den am dichtesten besiedelten Städten der Welt. Aber 70 Prozent sind Grünland“, so Reinprecht, die sich selbstironisch als „zwanghafte Blackberry- und iPhone-Tante“ bezeichnet. „Ich werde leicht nervös, wenn einmal kurz keine Nachrichten kommen.“



BMEIA

Claudia Reinprecht, BMEIA

ZUR PERSON

Claudia Reinprecht, 39

- 1993 – 2003** Jusstudium mit Doktoratsabschluss an der Uni Salzburg
- 2004** Eintritt in das BMEIA, Mitarbeiterin im Völkerrechtsbüro
- 2005 – 2008** Attachée für die Ständigen Vertretung Österreichs bei der EU, danach Attachée in Amman
- 2008 – 2009** Abteilung für Internationale Organisationen, BMEIA
- 2009 – 2013** Referentin im Kabinett des damaligen Außenministers Michael Spindelegger.
- seit November 2013** Generalkonsulin für Hongkong und Macao



republik

Das unabhängige Magazin für Führungskräfte im öffentlichen Bereich

Stabiler denn je



© Sotheby's / akg-images; www.akg-images.de



EUROPA Die EU ist durch die gemeinsame Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise gestärkt. Ihre Beliebtheit hält sich dennoch bei vielen Bürgern in Grenzen. REPUBLIK nimmt die bevorstehende EU-Wahl zum Anlass, um mit Verwaltungsexperten die Zukunft der Union zu diskutieren.

Text Gudrun Haigermoser

Allen Unkenrufen zum Trotz ist der Euro weiterhin eine starke Währung. Kein Land ist in die Pleite geschlittert. Und trotz der einen oder anderen Drohung bleiben Austritte unwahrscheinlich. „Die Union ist heute stabiler als noch vor zehn Jahren. Die große Krise hat schlussendlich zu einer Stärkung geführt“, sagt Hubert Heiss, Leiter der Sektion für EU-Koordination und wirtschaftspolitische Angelegenheiten im Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres (BMEIA), und ergänzt: „Sogar in Griechenland geht’s mit der Wirtschaft wieder bergauf.“ Jetzt gilt es, das neu erstarkte Gemeinschaftsgefühl zu festigen und vor allem die Bürger an Bord zu holen. Denn die sind nach wie vor skeptisch, wiewohl sich anhand des aktuellen Eurobarometers eine leichte Verbesserung der Einstellung der Österreicher zeigt (s. Grafik).

„Durch die gemeinsame Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise hat die EU in den vergangenen drei Jahren größere Integrationschritte gemacht als in den zwanzig Jahren davor“, so EU-Experte Heiss weiter. Um diese Stabilität abzusichern, müssen Instrumente, die aus Dringlichkeit außerhalb der Verträge geschaffen wurden, in die EU-Verträge integriert werden. Dazu gehören die zwischenstaatlichen Verträge über den Fiskalpakt ebenso wie der europäische Stabilitätsmechanismus und der Abwicklungsfonds für Banken. „Die aktuelle Situation ist

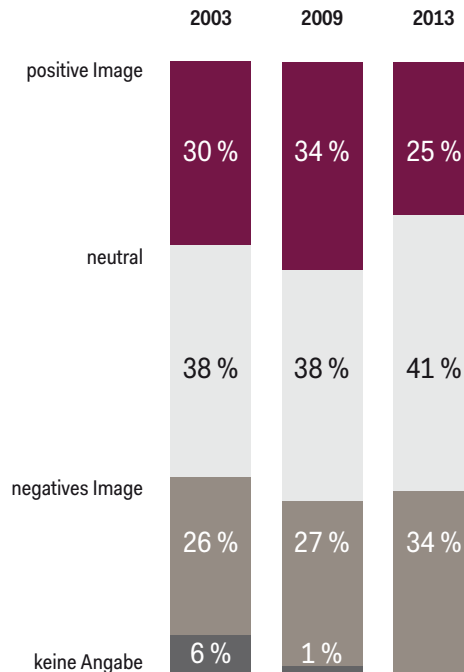
Wie die Sterne auf der EU-Flagge tanzen diese jungen Damen auf einem Ölgemälde des 19. Jahrhunderts im Kreis. Ganz so harmonisch ist es in den vergangenen Jahren zwischen den Mitgliedstaaten der EU nicht immer abgelaufen, schließlich musste man die Finanz- und Währungsprobleme in den Griff bekommen. Das gemeinsame Ziehen an einem Strang lässt die EU gestärkt aus der Krise hervorgehen.



BMEIA

» Die EU hat unter dem Druck der Krise enorme Fortschritte gemacht.

Hubert Heiss, BMEIA



HAT DIE EU FÜR SIE EIN POSITIVES, NEUTRALES ODER NEGATIVES IMAGE?

EU-Image in Bevölkerung verschlechtert sich

Das Image der EU hat sich in Österreich im Vergleich zum Stand vor zehn Jahren etwas verschlechtert, wie man anhand der Eurobarometer-Umfrage 2013 sehen kann. Der Anteil der Menschen, die ein positives Bild von der EU haben, ist um fünf Prozent gesunken. Interessanterweise hatten am Höhepunkt der Wirtschaftskrise im Jahr 2009 besonders viele Menschen (34 Prozent) ein positives EU-Image.

Quelle Grafiken: Europäische Union, Eurobarometer, http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb80/eb80_en.htm; 1.032 befragte Personen. Die Europäische Union übernimmt keinerlei Haftung für etwaige Änderungen, die an den ursprünglichen Daten oder an der Umfrage schlechthin vorgenommen wurden. Für solche Änderungen ist allein der Autor, nicht aber die Europäische Union verantwortlich.



Vertretung der EU-Kommission in Österreich

» Die Zukunft der Europäischen Union ist auch die Zukunft Österreichs.

Richard Kühnel, EU-Kommission

nicht ideal, weil Regeln des EU-Rechts keine Anwendung finden und das Europäische Parlament keinen Einfluss hat“, erklärt Heiss.

Für den an der Universität Innsbruck lehrenden Politologen Andreas Maurer ist diese Tendenz, außerhalb des EU-Rechts Partnerschaften zu gründen, ein Rückschritt: „Solche Alleingänge – vor allem großer Staaten – halte ich für gefährlicher als eine Stagnation.“ Ob eine Integration in das EU-Recht allerdings so schnell wie gefordert passieren kann, das ist eine andere Frage. Wie man aus leidiger Erfahrung weiß, sind Vertragskonferenzen langwierig. Alle Personen, die an den zehnjährigen Vorarbeiten zum Vertrag von Lissabon beteiligt waren, können davon ein Liedchen trällern.

EU-Wahlen: Wichtiger als gedacht

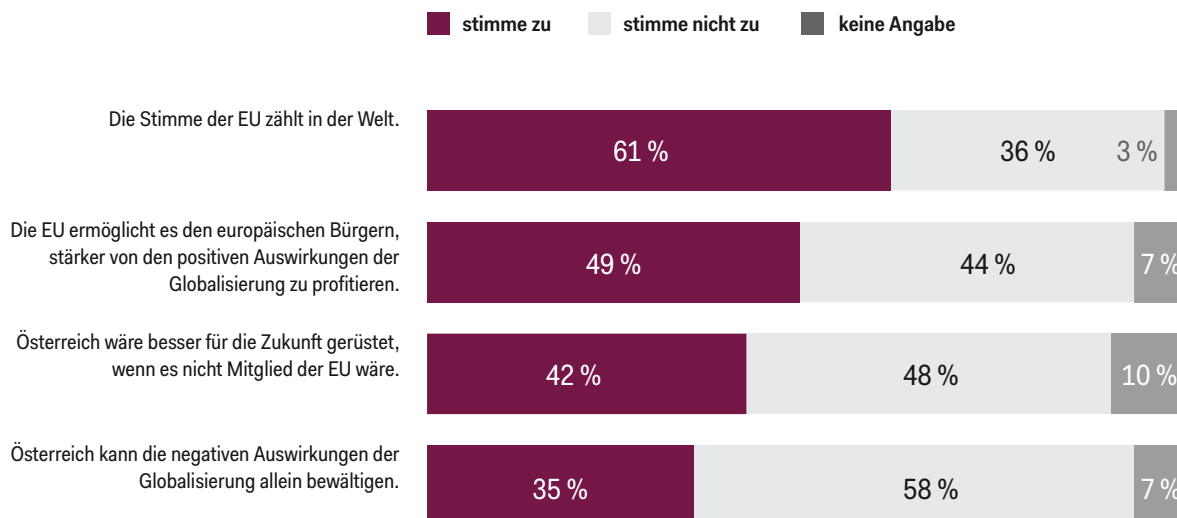
Das Europäische Parlament (EP) hat mit einem anderen Kuriosum zu kämpfen: Seine zunehmende Bedeutung gegenüber den nationalen Parlamenten steht in krassem Widerspruch zur stetig sinkenden Beteiligung an EU-Wahlen. „Dabei sind sie wichtiger, als man glaubt. Es geht

nicht um Nebensächlichkeiten, sondern um EU-Recht, das uns alle im Alltag betrifft“, sagt Heiss. Aktuelles Beispiel: die umstrittene Saatgutverordnung, die durch das EP – nach massiven Bevölkerungsprotesten – Mitte März abgelehnt wurde.

Richard Kühnel, Leiter der Vertretung der EU-Kommission, sieht heuer „eine echte Chance“, dass die großen europäischen Themen wie Sozial-, Energie-, Umwelt- und Außenpolitik Teil der Wahlentscheidung sind. Er fordert deshalb die Wahlwerber auf, „einen positiven und konstruktiven Wahlkampf ohne innenpolitisches Hickhack zu führen“. Der ambitionierte Wunsch in Sachen Wahlbeteiligung am 25. Mai lautet 50 Prozent, was gegenüber 2009 eine Steigerung bedeuten würde (2009: 46,2 Prozent, 2004: 42,43 Prozent; Quelle BMI; Isa/Sora).

Jedem Land sein Kommissar

Und wie steht es um die Zusammensetzung der Kommission, besteht hier Reformbedarf? Zumindest wird eine Verkleinerung von Politikern immer wieder ins Spiel gebracht. Für klei-



BITTE SAGEN SIE MIR, INWIEWEIT SIE JEDER DER FOLGENDEN AUSSAGEN ZUSTIMMEN ODER NICHT ZUSTIMMEN:

Zufriedenheit mit der EU ist ambivalent

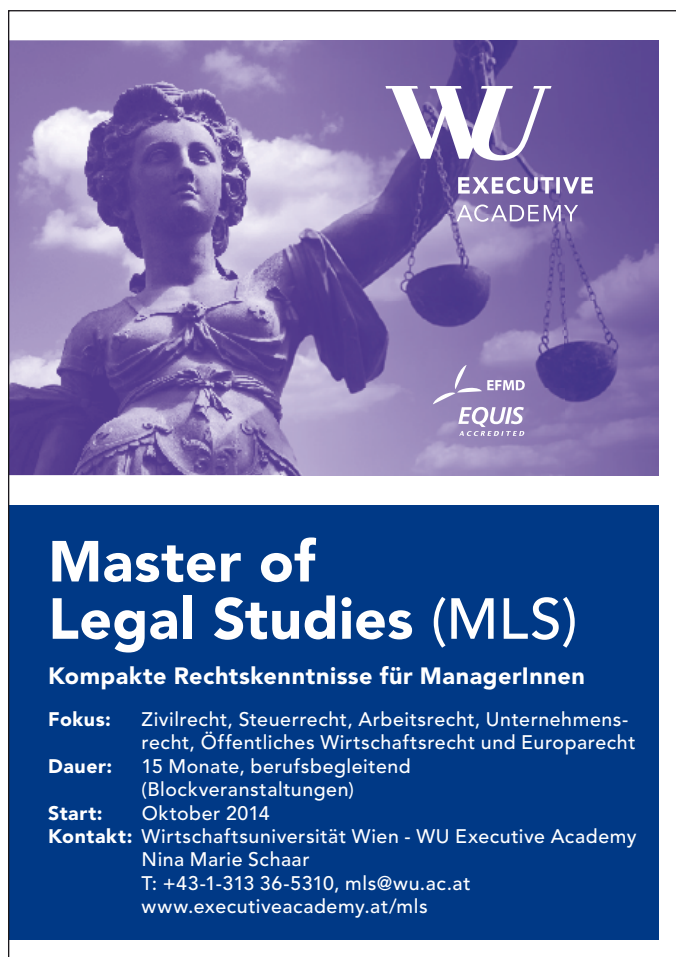
Nur 34 Prozent glauben, ihre Stimme zähle in der EU. Positiver sieht man die Rolle der Gemeinschaft im globalen Kontext: Für 61 Prozent zählt die Stimme der Union in der Welt. Während 42 Prozent der Aussage, das Land wäre ohne die EU besser für die Zukunft gerüstet, zustimmen, widersprechen 48 Prozent.

ne Mitgliedstaaten sei es ein hoher kultureller Wert, „dass es an der Spitze der EU einen Bürger ihres Landes gibt“, sagt Professor Maurer. Nach dem Vertrag von Lissabon ist es theoretisch möglich, die Kommission zu verkleinern. Weitere Tendenzen in diese Richtung sind allerdings – vor allem nach dem irischen Referendum, als das Land für sich dezidiert die Garantie eines eigenen Kommissars ausbat – derzeit keine in Sicht.

Auch gibt es keinen echten Nachweis dafür, dass schlanker gleich besser ist. Eine andere – nicht ganz neue – Überlegung könnte schon in der künftigen Kommission umgesetzt werden: Die Kommissare werden in thematischen Clustern – z. B. Wirtschaft, Umwelt, Außenpolitik – zusammengefasst, um eine überschaubarere Struktur mit gemeinsamem Unterbau zu schaffen. Ein Kommissar als Primus inter Pares würde dann dieser Gruppe vorsitzen.

Weniger Leute, mehr Aufgaben

Politologe Maurer lobt die Brüsseler Verwaltung: „Das Gerede vom riesigen bürokratischen Brüsseler Wasserkopf ist Unsinn und



WU
EXECUTIVE
ACADEMY

EFMD
EQUIS
ACCREDITED

Master of Legal Studies (MLS)

Kompakte Rechtskenntnisse für ManagerInnen

Fokus: Zivilrecht, Steuerrecht, Arbeitsrecht, Unternehmensrecht, Öffentliches Wirtschaftsrecht und Europarecht

Dauer: 15 Monate, berufsbegleitend (Blockveranstaltungen)

Start: Oktober 2014

Kontakt: Wirtschaftsuniversität Wien - WU Executive Academy
Nina Marie Schaar
T: +43-1-313 36-5310, mls@wu.ac.at
www.executiveacademy.at/mls

empirisch nicht nachweisbar.“ 35.000 Beamte in der europäischen Kommission sind für einen Raum mit 560 Millionen Einwohnern eine überschaubare Zahl. Dennoch sieht sich die EU-Verwaltung wie alle nationalen Verwaltungen auch

mit der Notwendigkeit massiver Einsparungen konfrontiert. „In den nächsten Jahren wird der Personalstand um fünf Prozent gekürzt“, sagt Kommissionsvertreter Kühnel. Bei gleichzeitiger Zunahme der Kompetenzen eine große Herausforderung.

Neben den quantitativen gibt es auch qualitative Herausforderungen zu bewältigen: Das Interesse junger Akademiker, in der europäischen Verwaltung Karriere zu machen, hat stark abgenommen. Der Grund sind wohl deren Imageprobleme. Nun geht es darum, den europäischen Dienst attraktiv zu halten und wieder aufzuwerten. Kühnel: „Österreich ist in der europäischen Verwaltung mit hochrangigen Beamten gut vertreten, schwächelt aber beim Nachwuchs.“ Das Bundeskanzleramt informiert bereits über die zahlreichen Karrieremöglichkeiten in den EU-Institutionen, wie man das in der Jobbörse des Bundes erkennen kann. Dieses Service können karriereorientierte Bundesbedienstete nutzen, die an einer vorübergehenden Tätigkeit in den EU-Institutionen interessiert sind. Eine Möglichkeit, österreichische Expertise einzubringen, bietet zum Beispiel die maximal vierjährige Entsendung von nationalen Experten zur EU-Kommission. Für Bedienstete, die für einen kürzeren Zeitraum EU-Luft schnuppern wollen, bietet die Kommission zweimal jährlich das Programm zur „beruflichen Weiterbildung nationaler Sachverständiger“ an.

Der Blick in die Zukunft

Welche Perspektiven für die Union sehen nun Experten in den kommenden Jahren? Für Gerda Falkner, Leiterin des Instituts für europäische Integrationsforschung (EIF) an der Universität Wien, hängt dies wesentlich von den Entscheidungen der Nationalstaaten ab, eine der beiden folgenden Richtungen zu wählen: Die integrative Ansatz geht davon aus, dass Probleme nur durch gemeinsames Auftreten gelöst werden können. Das betrifft viele Themen, nicht nur die Finanzkrise, zum Beispiel auch das Auftreten gegenüber Russland. „28 Einzelstaaten haben gegenüber globalen Märkten und Mächten einfach weniger Potenzial als die große Einheit EU.“ Der disintegrative Ansatz stellt hingegen nationale Eigeninteressen in den Vordergrund. „Gewinnt diese Einstellung die Oberhand, geht die EU in Richtung Rückbau“, warnt Falkner.

HINTERGRUND

Die Ideen der Parteien zur EU-Verwaltung

REPUBLIK hat auch bei vier österreichischen Parteien nachgefragt, welche Reformschritte sie für die europäische Verwaltung vorschlagen. Sie treten in seltener Einigkeit auf: Alle fordern in Hinkunft nur mehr einen Standort für das EU-Parlament. Nur die Neos betreten mit ihrer Idee eines EU-Konvents neue Pfade.



„Der Verwaltungsapparat der EU als eine Union, die aus 28 Mitgliedstaaten besteht, ist verhältnismäßig schlank. 60.000 EU-Beamte bei 506 Millionen EU-Bürgern – im Vergleich dazu etwa 240.000 Beamten allein im US-Heimatschutzministerium (bei 315 Mio. US-Bürgern). Es gibt aber Kosten, die zu Recht in der Kritik stehen. Wenn etwa ein Fünftel des EU-Budgets dafür aufgewendet wird, dass zwei Standorte des EU-Parlaments unterhalten werden und die Abgeordneten gezwungen sind, zwölfmal im Jahr für Plenartagungen von Brüssel nach Straßburg zu übersiedeln, dann sehen wir Handlungsbedarf.“



„Verwaltung ist notwendig. Ohne funktionierende Verwaltung gibt es auch kein funktionierendes Gemeinwesen. Klar ist aber: Verwaltung muss effizient, transparent und bürgernah sein.

Und hier gibt es in Europa Aufholbedarf: Um mehr Effizienz zu erzielen und Kosten zu sparen, wollen wir, dass das Europaparlament künftig nur mehr einen Standort hat. Sinnvoll wäre es auch, statt neuer Regelungen bestehende Maßnahmen transparent und konsequent umzusetzen. Zudem treten wir für eine Bereinigung der Rechtsvorschriften auf EU-Ebene ein. Generell sollen Anreizsysteme den Vorrang vor Vorschriften haben.“



„Ein Parlament auf zwei Sitze in Brüssel und Straßburg verteilt – diese teure, ineffiziente und umweltschädliche Verdoppelung lehnen die Grünen ab. Dieser monatliche Wanderzirkus mit 180 Millionen Euro Mehrkosten und 20.000 Tonnen CO₂-Ausstoß pro Jahr gehört gestoppt.

Das Europaparlament braucht nur einen Sitz in Brüssel. Und wir Grüne setzen uns seit Jahren vehement für eine tiefgreifende Reform des EU-Gehaltssystems ein. In Krisenzeiten darf die Steigerung der Gehälter von EU-Beamten nicht über der Inflationsrate liegen, bei hohen Einkommen gehört sie ausgesetzt oder durch eine Solidaritätsabgabe neutralisiert.“



„Wir wollen Europa und seine Strukturen grundlegend neu erfinden. Das Projekt der gemeinsamen EU-Verfassung soll durch einen Konvent, unter Beteiligung aller Bürger, wieder

aufgenommen und im Rahmen der nächsten EU-Wahl darüber abgestimmt werden. Wir schlagen außerdem eine Demokratisierung der Institutionen vor. Rat und Parlament sollen zu einem echten Zwei-Kammern-System werden und die derzeitige Kommission zu einer echten EU-Regierung, deren Präsident auch direkt vom Volk gewählt wird. Wie im Parlament schon üblich, sollen auch die Entscheidungen im Rat transparent gemacht werden.“

Richard Kühnel, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich, sieht Europa an einer zentralen Wegscheide. Was Falkner „integrativ“ und „disintegrativ“ bezeichnet, definiert Kühnel als „mehr“ oder „weniger“. Die Sympathie des Kommissionsvertreters gilt „nicht überraschend“ einem Mehr: „Nehmen wir uns in Europa nur mehr als Nationen wahr, werden wir fundamental und rasch an Bedeutung verlieren.“ Die Integration müsse dort stärker werden, wo große Antworten notwendig seien: Dazu gehören die Außen-, die Sicherheits- und die Energiepolitik. Das heißt für Kühnel aber nicht, dass die Union jedes Detail regeln soll: „Wir müssen in den großen Fragen stärker aktiv werden. In kleinen Fragen kann man der Subsidiarität wieder mehr Spielraum geben.“

Vom Binnenmarkt zur Sozialunion?

Der Fokus auf den Binnenmarkt soll laut Politikwissenschaftler Maurer geht es nächster Schritt gelockert werden, denn „zentrale Bedeutung“ habe „die Energiewende. Eine Sozialunion ist zwar ebenso dringlich, aber keine wahrscheinliche Entwicklung: Eine echte Vergemeinschaftung der Arbeitsmarkt-, Beschäftigungs- und Sozialschutzpolitik würde stark in die nationalen Kompetenzen eingreifen und ruft gegenwärtig fast nur Ängste hervor.“ Dennoch muss es in der Sozialpolitik vorangehen, die Einführung einer europäischen Arbeitslosenversicherung wäre sinnvoll, ebenso die Schaffung einer „Sozialabbaubremse“, analog zur Schuldenbremse des Fiskalpakts.

Eine Sozialunion ist auch für Heiss in absehbarer Zeit nicht realistisch, denn „eine Harmonisierung kann objektiv nur eine unterhalb des österreichischen Niveaus sein. Und das wollen wir nicht.“ Trotzdem gibt es viele sozialpolitische Bereiche, in denen die Union aktiv werden kann: Nämlich dort, wo es um eine gemeinsame europäische Dimension wie zum Beispiel die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit oder um Anerkennung von sozialen Rechten geht.

Gemeinsame Wirkung nach außen

„Im Auftritt nach außen sind wir gemeinsam wirklich besser beraten“, sagt Heiss und geht hierin mit allen Experten d'accord, in Sachen Außenwirkung als Einheit aufzutreten. Trotz der Etablierung des europäischen auswärtigen

Dienstes bleibt – auch für kleine Staaten wie Österreich – die Möglichkeit, sich außenpolitisch zu profilieren. Das scheint ein Widerspruch zu sein. Ist es aber nicht, wenn sich die Mitgliedsländer dabei auf sinnvolle Bereiche konzentrieren. „Es gibt Nischen für Engagements einzelner Länder, die die gemeinsame Außenpolitik gut ergänzen“, sagt Heiss und verweist auf Österreichs gewachsene Expertise in Sachen Menschenrechte oder auf gute Kontakte in den Osten und Südosten Europas. Eine Ausnahme ist für Heiss der konsularischen Schutz und die Vertretung wirtschaftlicher Interessen österreichischer Firmen im Ausland: „Das kann der europäische Dienst – noch – nicht machen.“

Richard Kühnel wünscht sich „mehr Mut“, in der gemeinsamen Außenpolitik Mehrheitsentscheidungen zuzulassen. Das im Moment geltende Einstimmigkeitsprinzip verhindert oft ein Tätigwerden der Union.

Erweiterung: Bitte warten

Für viele Länder ist die Möglichkeit einer Annäherung an die EU wichtig, um innenpolitische Reformen durchzusetzen, wie das aktuelle Beispiel der Ukraine zeigt. „Daher wird es weitere Beitritte oder andere Formen der Zusammenarbeit geben. Es muss ja nicht immer gleich eine Vollmitgliedschaft sein“, sagt EU-Expertin Falkner. Politologe Maurer sieht etwa in der Mitgliedschaft in einer reformierten EFTA oder einer Zollunion mit der EU eine solche Alternative. Vor allem, wenn es um eine engere Kooperation mit Staaten geht, „die aus unterschiedlichen Gründen nicht in der Lage sind, der EU beizutreten“. Wie eben die Türkei oder auch die Ukraine.

Obwohl viele aktuell noch nicht beitriffsreif sind, ist es für Botschafter Heiss aus österreichischer Sicht wichtig, dass langfristig alle Länder des Westbalkans Mitglieder werden. „Sonst wäre die Stabilität in der Region wieder gefährdet.“ Langfristig prognostiziert Heiss ein Anwachsen auf „vielleicht 32 Mitglieder“. In jedem Fall müssen vor einem Beitritt die Rechts- und Verwaltungssysteme an jene der EU angepasst werden. Bei Rumänien und Bulgarien war das nicht im erforderlichen Maß der Fall. Deshalb sind hier „die Probleme durch dieses Ungleichgewicht in Sachen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit immer noch groß. Das kann auch eine Warnung für die Zukunft sein“, so Institutsleiterin Falkner.



Universität Innsbruck

» Das Gerede vom riesigen bürokratischen Brüsseler Wasserkopf ist Unsinn.

Andreas Maurer, Uni Ibk.



Franz Pflügl

» Nur eine konstruktive Politik kann Basis für eine Weiterentwicklung der EU sein.

Gerda Falkner, Uni Wien

Österreichs junger Außenminister Sebastian Kurz ist ein klarer Befürworter der europäischen Integration. Um – vor allem im Vorfeld der EU-Wahlen im Mai – eine europäische Dimension in den Wahlkampf zu bringen, braucht es für Kurz „eine offene Diskussion über Stärken und Schwächen“. Ohne „einen ehrlichen Dialog“ werde es kein besseres Verständnis für die EU geben.

„Wir brauchen weder Träumer noch Hetzer“

EUROPA-POLITIK Trotz 19 Jahren EU-Mitgliedschaft ist diese in Österreich noch immer keine Selbstverständlichkeit. REPUBLIK sprach dazu mit Sebastian Kurz, dem neuen Minister für Europa, Integration und Äußeres, über die Rolle kleiner Mitgliedsstaaten, die EU-Wahl und weniger Mitglieder in der EU-Kommission.

Interview Gudrun Haigermoser
Fotos Regina Hügli

Wie können sich kleine EU-Mitgliedsländer wie Österreich ein außenpolitisches Profil erarbeiten?

Wir können uns wohldefinierte Nischen suchen und uns dort verstärkt engagieren. In unserem Fall ist das etwa geografisch der Westbalkan und thematisch unser Einsatz für Menschenrechte und Abrüstung. Hier vertreten wir klare Interessen in unserer unmittelbaren Nachbarschaft und haben eine hohe Glaubwürdigkeit bei unseren Partnern. Wir haben auch immer wieder Verantwortung übernommen, sei es im UN-Sicherheitsrat oder aktuell als Vorsitzender des Europarats.

In den vergangenen EU-Wahlkämpfen standen oft innenpolitische Themen im Vordergrund. Mit welcher Strategie kann man im Vorfeld der Wahl die europäische Dimension stärken und wieder mehr Wähler zu den Urnen bewegen?

Es braucht weder Träumer noch Hetzer, sondern eine offene Diskussion über Stärken und Schwächen. Ein ehrlicher Dialog mit den Bürgern ist wichtig für ein besseres Verständnis der

EU und ihrer Prozesse. Wir müssen erklären, dass die Entscheidungen auf europäischer Ebene von allen Mitgliedern gemeinsam getroffen werden und welche unmittelbaren Auswirkungen diese auf jeden einzelnen Österreicher haben. Wir müssen für mehr Mitbestimmung und Teilhabe sorgen. Österreich ist das einzige EU-Mitglied, in dem man bereits ab 16 Jahren auch als EU-Bürger bei den EU-Wahlen wählen kann. Ein Schwerpunkt der zahlreichen Informationsinitiativen lag im Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger 2013 darauf, Jung- und Erstwähler über die Europawahlen zu informieren. Neben dieser Zielgruppe ist es mir auch ein Anliegen, die zahlreichen Auslandsösterreicher auf ihr Wahlrecht aufmerksam zu machen.

Fehlt es der EU nicht etwas an Emotionalität? War es ein Fehler, Europa keine gemeinsame Hymne oder mehr emotional verbindende Elemente zu verpassen?

Die EU hat bereits jetzt Symbole, die Zusammengehörigkeit und Verbundenheit zum Ausdruck bringen. Dazu zählen die Flagge, die Hymne oder der Europatag. Die „Ode an die Freu-



» Die EU ist mit ihren teilweise komplexen Strukturen nicht immer einfach zu verstehen.

de“ wurde bereits 1972 vom Europarat zu seiner Hymne erklärt und ist damit die Hymne Europas im weiteren Sinne. Auch der Europatag bietet jedes Jahr Gelegenheit, uns mit den großartigen Errungenschaften der europäischen Integration, die für viele von uns bereits zur Selbstverständlichkeit geworden sind, aktiv auseinanderzusetzen. Doch noch stärker als Symbole wirken direkte persönlichen Beziehungen: Offene Grenzen, Niederlassungsfreiheit, Schüler- und Studentenaustausch, die intensiven wirtschaftlichen Verflechtungen unserer Länder – das bringt die Menschen zusammen, schafft emotionale Bindung zueinander und lässt uns den Mehrwert des gemeinsamen europäischen Projektes wahrnehmen.

Ein Grund, weshalb die EU für Bürger wenig fassbar ist, ist die komplizierte Führungsstruktur. Welche Änderungen schlagen Sie vor, um die Union bürgernäher zu machen?

Die EU ist mit ihren teilweise komplexen Strukturen nicht immer einfach zu verstehen. Dies liegt insbesondere daran, dass die Kernidee – das Teilen von Souveränität – und damit auch ihr Organisationsaufbau einzigartig sind. Ein direkter Vergleich mit den Mitgliedstaaten ist daher schwer möglich. Um die EU bürgernäher zu gestalten, muss es leichter werden, die politische Arbeit auf EU-Ebene mitzuverfolgen. Dies können wir durch mehr Transparenz bei den diversen Fachthemen und mit einer bürgernahen Öffentlichkeitsarbeit seitens der europäischen Institutionen erleichtern. Auch die Medien haben eine große Verantwortung. Neben der Wahl zum Europäischen Parlament bietet auch die Europäische Bürgerinitiative eine gute Möglichkeit demokratischer Mitwirkung. In diesem Sinne sollte auch über die Stärkung des Persönlichkeitswahlrechts und die Direktwahl des Kommissionspräsidenten diskutiert werden.

Ist es nach wie vor zeitgemäß, die Zahl der EU-Kommissare – aktuell 28 – an die Anzahl der Mitgliedsländer zu koppeln?

2013 wurden 42 der insgesamt 65 Besuche der Europäischen Kommission in Österreich von

EU-Regionalkommissar Johannes Hahn absolviert. Das zeigt, wie wichtig die Kommissare als Mittler zwischen EU und den jeweiligen Nationalstaaten sind. Sie verfügen auf beiden Ebenen über wertvolle Erfahrungen und die richtige Perspektive, um in „ihrem“ Mitgliedstaat die Union besser und bürgernäher zu erklären. Wir dürfen aber auch die notwendige Verbesserung der Funktionsweise der EU und den Vertrag von Lissabon nicht aus den Augen verlieren. Eine Verkleinerung der EU-Kommission sollte daher in diesem Sinne auch diskutiert werden.

Sie könnten also auch damit leben, dass Österreich in Hinkunft zeitweise keinen Kommissar stellen kann?

Diese Frage muss vom Gesichtspunkt der Funktionalität und Effizienz, aber auch der Repräsentativität der Kommission gesehen werden. Durch das Anwachsen der EU zu 28 Mitgliedstaaten ist die Frage berechtigt, ob bei ebenso vielen gleichberechtigten Mitgliedern der Kommission eine effiziente und kohärente Arbeit sichergestellt ist. Gleiches gilt natürlich auch für andere Gremien. Im Mittelpunkt der Diskussion im Jahr 2019 wird daher die Frage stehen, welche Voraussetzungen geschaffen werden müssen, um die gesamteuropäischen Interessen bestmöglich wahrzunehmen.

In einem „Kurier“-Interview (16. 2. 2014) sagten Sie, dass Niederlassungsfreiheit nicht mit Sozialtourismus gleichzusetzen sei. Sind Sie also unter gewissen Voraussetzungen dafür, die Personenfreizügigkeit zu beschränken?

Es gibt ein Recht auf Freizügigkeit. Das ist ein hohes Gut und wird insbesondere von jungen Europäern sehr geschätzt. Wer nach Österreich kommt und seinen Beitrag leistet, ist hier willkommen. Es gibt aber kein Recht auf Einwanderung in die Sozialsysteme, kein Recht darauf, sich jenes Sozialsystem auszusuchen, das einem am besten gefällt. Im Falle eines Missbrauchs der Arbeitnehmerfreizügigkeit ermöglichen die EU-Vorschriften bereits jetzt Maßnahmen wie etwa die Aufhebung des Aufenthaltsrechts. In Öster-

ZUR PERSON

Sebastian Kurz

geb. 27. August 1986

2005 – April 2011

Studium der Rechtswissenschaften in Wien, derzeit unterbrochen

2009

Bundesobmann der Jungen ÖVP

Oktober 2010 – April 2011

Abgeordneter zum Wiener Landtag und Gemeinderat

April 2011 – Dezember 2013

Staatssekretär für Integration

Dezember 2013

Angelobung als Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten, seit März 2014 Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres

» Es gibt ein Recht auf Freizügigkeit, aber kein Recht auf Einwanderung in die Sozialsysteme.

reich haben wir bereits entsprechende Vorkehrungen gegen einen möglichen Sozialmissbrauch getroffen. Ich gehe davon aus, dass Sozialminister Hundstorfer die Situation weiterhin genau beobachtet.

Die EU – angelegt als Projekt des Friedens – stößt immer wieder an ihre Grenzen, wenn Unruhen in angrenzenden Staaten ausbrechen wie jüngst in Bosnien oder aktuell in der Ukraine. Kann und soll die EU in solchen Situationen eingreifen, und was sind adäquate Mittel zur Friedenssicherung?

Europa hat die Verantwortung, sich solidarisch als Garant für den Frieden in die Weltpolitik einzubringen. Als größte Wirtschaftsmacht hat die EU auch ein großes Eigeninteresse an Frieden und Stabilität in anderen Weltregionen. Es darf uns nicht gleichgültig sein, wenn es zu humanitären Katastrophen kommt oder die Beziehungen zwischen anderen Staaten angespannt sind. Mit der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik kann die EU militärisches wie ziviles Krisenmanagement betreiben.



FAIRTRADE ist wirkungsvolle Armutsbekämpfung durch Fairen Handel, mit dem Ziel, eine Welt zu schaffen, in der alle Kleinbauernfamilien und ArbeitnehmerInnen auf Plantagen im globalen Süden nachhaltig ein sicheres und menschenwürdiges Leben führen und ihre Zukunft selbst gestalten können.

Setzen Sie mit FAIRTRADE-Produkten ein Zeichen in Ihrem Betrieb!

Gewinnen Sie den FAIRTRADE@work-Award durch Forcierung von FAIRTRADE-Produkten in Ihrem Betrieb.

Alle Informationen unter

www.fairtrade.at/fairtrade@work

FAIRTRADE
@work



**GROSSES TUN
MIT EINEM
KLEINEN ZEICHEN!**

**JETZT
MITMACHEN!**

In Kooperation mit:



Bühnenreife Gewänder

REPORTAGE Auf den Brettern, die die Welt bedeuten, gilt: Kleider machen Leute. Vor allem in der Wiener Staatsoper. Dort schaffte Luisa Spinatelli mit ihrer Ausstattung der aktuellen „Schwanensee“-Produktion meisterhaft Märchenhaftes. REPUBLIK hat sie einen Tag lang begleitet.

Text Andrea Krieger, Fotos Simon Jappel



Luisa Spinatelli bei der Arbeit an „Schwanensee“. Rechts das von ihr entworfene Gewand für den schwarzen Schwan Odile.

SERIE Spannende Berufe

REPUBLIK widmet den spannendsten Berufen im Öffentlichen Dienst eine eigene Serie. Sie gibt Einblicke in die Arbeitsweisen, Gestaltungsspielräume, Sachzwänge und Herausforderungen eines Jobs im Öffentlichen Dienst.

Bei Luisa Spinatelli geht es rund. Für die Kostümbildnerin dreht sich grad alles um den Schwan. Vor eineinhalb Jahren hat die erfahrene Künstlerin mit den ersten Skizzen zum Ballettklassiker „Schwanensee“ begonnen. In den Kostümwerkstätten, die zur Art for Art Theaterservice gehören, wird ihren Ideen seither Leben eingehaucht.

Insgesamt hat Spinatelli pro Jahr rund 50 solcher Projekte. Und pro Stück gibt es rund 80 Kostüme. Das sind summa summarum 400 Bühnengewänder, für die Spinatelli jährlich verantwortlich ist. Ein wahrer Kostümmarathon also. Hinzu kommen Wiederaufnahmen aus dem Repertoire der Spielstätten. Art for Art ist eine 395-Mitarbeiter-Organisation und zusätzlich für Requisiten, Bühnenbilder, den Kartenverkauf und das Gebäudemanagement zuständig. Fix-

kunden sind alle Bundestheater, also neben der Staatsoper auch die Volksoper sowie das Burgtheater mit seinen Dependancen Akademietheater und Kasino am Schwarzenbergplatz.

Schauspielkünste hin, große Stimmen her: Ohne Künstler wie Spinatelli und die Arbeit der Kostüm- und Dekorationswerkstätten würden die Zuschauerräume wohl relativ leer bleiben. Neben den eleganten Tänzern sind sie es, die dem Stück die wahre Magie verleihen.

Stunde der Wahrheit

Für Spinatelli, die in den 1980-Jahren erstmals für die Staatsoper arbeitete, geht es an diesem Morgen um einen Realitycheck: Der Darsteller des Hofmeisters, eine der Hauptrollen in Tschaikowskis berühmten Klassiker, kommt zur ersten Anprobe. Zwar wurde vorher Maß genom-

men, aber kann sich der Tänzer in den kunstvollen Kleidern auch gut bewegen? „Alles muss federleicht sein und gleichzeitig prunkvoll aussehen“, sagt Spinatelli. Sie zeigt auf eine Kleiderpuppe mit der Jacke des Prinzen Siegfried. Bei einem genauen Blick sieht man eingearbeitete elastische Teile. Sie sorgen dafür, dass der Tänzer im Bereich der Arme über ausreichend Bewegungsfreiheit verfügt.

Auch das dunkle und fast schon verrückt glitzernde Kleid des schwarzen Schwans Odile ist bereits auf einer der Kleiderpuppen zu sehen. Zart wie Schwanenfedern, leicht und luftig wirken die Stoffe, die man hier sonst noch sieht. Sanfte Farben geben dem Märchen von der verzauberten Prinzessin, die ihr Dasein in Schwanengestalt fristen muss, eine Atmosphäre zwischen Tag und Nacht.

Mit ihrem Skizzenbuch unter dem Arm und einem prüfenden Blick klappert Spinatelli, die schon viele „Schwanensee“-Produktionen mit ihren Ideen begleitet hat, Abteilung um Abteilung ab und fragt, ob noch jemand etwas braucht. Etwa bei den Modistinnen, wo es nicht nur um Hüte, sondern um regelrechte Kopfaufbauten geht. Diese so herzustellen, dass man damit tanzen kann, ist wahrlich eine Kunst.



Mit dem Skizzenbuch fängt alles an.

Außerdem sind hier noch hochqualifizierte Damen- und Herrenschneider, sogenannte Weißnäher und Schuster zu finden. Dann wären da noch die Einkaufsabteilung, deren Mitarbeiter wissen, wo was am günstigsten zu bekommen ist, und der Fundus. Macht insgesamt 120 Mitarbeiter und acht Abteilungen mit vielen Handwerksberufen, die außerhalb dieser heiligen Hallen nicht mehr oft zu finden sind. Viele stellen sich ihren Job völlig falsch vor, erzählt sie. „Meine Arbeit hat nichts mit Modedesign zu tun. Was ich entwerfe, muss zum Stück passen.“

Kostenbewusstsein

Manches wird auch aus dem 9,5 Kilometer langen Fundus im 14. Bezirk übernommen bzw.

umgearbeitet. Denn Kostümwerkstättenleiterin Elisabeth Binder-Neururer, selbst gelernte Kostüm- und Bühnenbildnerin, muss auf die Kosten schauen. Ganz wichtig ist deshalb die Frage: Was macht man selbst, und was kauft man zu? Basisabgeltung gibt es keine, bezahlt wird pro Stück. Sobald feststeht, wie das Kostümbild ausschauen soll, fängt man bei Art for Art zu kalkulieren an. Was dabei herauskommt, braucht wiederum das Okay der betreffenden Bühne. Heißt es „zu teuer“, überlegen sich Binder-Neururer und ihre Kollegen, wie und wo man sparen kann.

Durch Computerschnitte und eine eigene Nähmaschine für jede Schneiderin ist der Output bereits stark gestiegen. So entsteht ein Kostüm heute doppelt so schnell wie früher. Wann immer es die Zeit erlaubt, sorgen Aufträge anderer Bühnen und Festivals für zusätzliches Geld in der Kassa. Und die Arbeit von Art for Art ist weltweit begehrt.

Mitgehangen, mitgefangen?

Dennoch tauchte die GmbH in den Vorwochen weniger in Verbindung mit Kostümen und Bühnenbildern auf, sondern in Zusammenhang mit der Misere im Burgtheater. Art for Art ist nämlich auch für die Immobilien der Bundesthe-



Modistinnen fabrizieren auswendige Kopfbedeckungen .

ater zuständig. So wurde insbesondere der Verkauf des Hanuschhofs vorgeschlagen, um frisches Geld für die Bundestheater Holding zu lukrieren. Das Gebäude befindet sich direkt neben der Albertina und damit in unmittelbarer Nähe zur Staatsoper, auch die anderen Theater befinden sich gleich um die Ecke. Art for Art hat im Hanuschhof rund 12.000 Quadratmeter zur Verfügung: Zwei Drittel werden selbst genutzt, der Rest ist bereits vermietet. „Man schlachtet nicht die Kuh, die Milch gibt“, sagte Geschäftsführer Josef Kirchberger zur Idee des Immobilienverkaufs und verweist darauf, dass man ohnehin bereits hochexklusive Dachwohnungen im Hanuschhof ausgebaut, veräußert und darum dringend benötigte Lagerhallen im Marchfeld gekauft hat.



Simon Jappel

» Meine Arbeit hat mit Modedesign nichts zu tun. Die Entwürfe müssen zum Stück passen.

Luisa Spinatelli, Staatsoper

HINTERGRUND

Art for Art Theaterservice

Entstehung: 1998 wurde auf Basis des Bundestheaterorganisationsgesetzes die Theaterservice GmbH gegründet. 2002 erfolgt die Umbenennung in Art for Art Theaterservice GmbH.

Unternehmenszweck: Das interne Dienstleistungsunternehmen von Staatsoper, Burgtheater und Volksoper ist für die Kostüme, Bühnenbilder, Requisiten, aber auch für den Kartenvertrieb, die Gebäudeverwaltung, etwaige Instandhaltungsarbeiten und Transportleistungen verantwortlich. Zudem werden Aufträge anderer Bühnen angenommen.

Einnahmen: 77.400 Euro im Geschäftsjahr 2012/13.

Leitung: Josef Kirchberger leitet die Art for Art Theaterservice GmbH mit 395 Mitarbeitern in Vollzeit-Äquivalenten. Seit 2014 steht Elisabeth Binder-Neururer der Abteilung Kostümwerkstatt vor.



„80 britische Botschafter twittern“

SOCIAL MEDIA Großbritanniens Diplomatie im Wandel und soziale Medien als Chance für den Diplomatischen Dienst: REPUBLIK traf Simon Fraser, den ranghöchsten Beamten im britischen Außenministerium (FCO), zu einem exklusiven Interview.

Interview Andrea Krieger
Foto Hans Ringhofer

Sie sind selbst sehr aktiv auf Twitter, haben bereits mehr als 4.500 Follower. Twittern ist in der Diplomatie etwas völlig Neues. Wie kam es dazu?

Diplomatie muss auf der Höhe der Zeit sein. Auch wir müssen uns der modernsten Kommunikationsinstrumente bedienen. Unsere Botschaften sollen ihre eigene Facebook-Seite, ihren eigenen Twitter-Account haben. 80 Missionschefs übrigens haben bereits einen. Der britische Außenminister Hague twittert natürlich auch und hat schon 200.000 Follower.

Die Botschafter brauchen für ihre Tweets nicht den Sanktus der Pressestelle?

Nein. Was sie twittern, liegt in ihrer eigenen Verantwortung. Zwei unserer erfahrensten Botschafter halten aber Trainings ab. Und im Fall des Falles können sie sich ja jederzeit an die

Pressestelle wenden. Auch ich frage manchmal nach.

Derzeit ist im FCO viel von neuer strategischer Ausrichtung die Rede. Das klingt nach größeren Veränderungen.

Strategische Planung ist nichts Neues, wird aber in Zeiten knapper Kassen immer wichtiger. Eine große Änderung betrifft unser diplomatisches Netzwerk. Derzeit sind wir in 160 Ländern und an 260 Standorten präsent. Bis 2015 sollen weitere 20 Botschaften neu eröffnet beziehungsweise erweitert werden.

Die Beweggründe?

Wir müssen in jenen Ländern verstärkt präsent sein, die aufgrund ihrer Wirtschaftsentwicklung bald auch mehr politisches Gewicht haben werden. Das gilt etwa für die aufstrebenden Mächte China oder Indien, wo wir die Anzahl un-



„Permanent Undersecretary“
Simon Fraser im Gespräch mit
REPUBLIK-Redakteurin Andrea Krieger

serer Diplomaten stark erhöht, aber auch vor Ort Mitarbeiter angeheuert haben.

„Diplomatic Excellence“ ist ein wichtiges Konzept im britischen Außenministerium. Was hat denn bisher gefehlt?

Künftig sind Sprachen, aber auch wirtschaftliche und Handelskompetenzen mehr denn je gefragt. Wobei es den ökonomischen Fokus erst seit 2019 gibt. (Siehe auch Kasten)

Was will das FCO hier tun?

Wir investieren verstärkt in die Ausbildung unserer Mitarbeiter. So haben wir im FCO um stolze fünf Millionen Pfund ein neues Sprachzentrum eröffnet.

In einem Interview bezeichneten Sie den wirtschaftlichen Aspekt, also Arbeitsplätze zu schaffen, als wichtigstes Ziel der britischen Diplomatie überhaupt. Das ist doch etwas ungewöhnlich.

Die Nummer-eins-Priorität der britischen Regierung muss auch das wichtigste Ziel des Außenministeriums sein.

Was heißt das für das FCO genau?

Die Botschaften arbeiten etwa mit der britischen Organisation für Wirtschaftsförderung zusammen, die unseren Unternehmen hilft, sich international zu behaupten. Es bedeutet aber auch, dass sich das Außenministerium mit Feldern wie Handelspolitik und Korruptionsbekämpfung beschäftigt.

Woher kommt das nötige Wissen?

Zum einen sitzen im Zentrum des FCO heute Wirtschaftsexperten. Andererseits bieten wir Botschaftern vor ihrem Auslandseinsatz an, für eine bestimmte Zeit in einem Unternehmen zu arbeiten, um verstehen zu lernen, wie Firmen ticken. Unser jetziger Botschafter in China etwa arbeitete sechs Monate bei Rolls-Royce.

In der österreichischen Verwallung wurde im vorigen Jahr die Wirkungsorientierung eingeführt. Wie ist hier der Stand im britischen Außenamt?

Ich arbeite gerade an den Vorgaben für das nächste Finanzjahr. Auf deren Basis erstellen die Botschafter eigene Businesspläne. Monat für Monat evaluiert dann die Führung des Außenministeriums, der ich ja angehöre, den tatsächlichen Effekt.

Bekommt jede diplomatische Arbeitskraft konkrete Vorgaben?

Ja, jeder Einzelne muss im Zuge des Mitarbeitergesprächs Jahresziele definieren. Daran werden sie von ihrem direkten Vorgesetzten gemessen, aber auch unterstützt. Bei Nichterreichung gibt es eine schlechte Beurteilung. Ändert sich danach nichts, kann das schlimmstenfalls dazu führen, dass eine Person die Organisation verlassen muss. Unser Fokus liegt aber darauf, die Mitarbeiter zu unterstützen. Wir wollen eine Kultur des unterstützenden Managements forcieren.

Stichwort Europäischer Auswärtiger Dienst (EAD). Welche Bilanz ziehen Sie vier Jahre nach dessen Einführung? Haben Sie Reformvorschläge?

Catherine Ashton und ihr Team haben entscheidende Durchbrüche erzielt, etwa bei der Vermittlung zwischen Serbien und Kosovo oder bei den Atomverhandlungen mit dem Iran. Für uns ist es wichtig, dass sich der EAD weiterhin auf jene Politikbereiche konzentriert, wo er einen Mehrwert bringt und die Arbeit der Diplomatischen Dienste der Mitgliedsstaaten nicht ersetzt, sondern ergänzt.

WISSEN Wie wird man Diplomat in Großbritannien

Für den höheren Diplomatischen Dienst braucht man in Großbritannien zumindest einen Bachelor-Abschluss der Note „gut“. Sprachkenntnisse sind nicht zwingend, aber von großem Vorteil, besonders in schwierigen Sprachen wie Arabisch oder Kantonesisch. Die Aufnahmeverfahren sind mehrstufig und sehr selektiv. Im Anschluss durchläuft man verschiedene Kurse im Außenministerium.

ZUR PERSON Simon Fraser

Der Cambridge-Absolvent Sir Simon James Fraser kam 1979 in das britische Außenministerium, das er jedoch immer wieder in Richtung Wirtschaftsministerium verließ. Diplomatische Stationen: Irak, Syrien, Paris. Als Stabschef des EU-Handelskommissärs Peter Mandelson 2004 und als Staatssekretär im Wirtschaftsressort bewies Fraser seine ökonomische Kompetenz. Im August 2010 bestellte ihn Außenminister William Hague zu seinem höchsten Beamten und Leiter des Diplomatischen Dienstes.

FORUM 4 EXCELLENCE **Apfel oder Banane?**

NACHHALTIGKEIT Der Staat ist der mit Abstand größte Grund- und Immobilienbesitzer im Land. Gerade deshalb erfüllt er in Sachen Nachhaltigkeit beim Bauen und Bewirtschaften von Immobilien eine wichtige Vorbildfunktion. REPUBLIK diskutiert mit Experten, worauf es bei der Planung ankommt.

Interview Gudrun Haigermoser, Stefan Grampelhuber
Fotos Simon Jappel

» *Der Grundstein für Nachhaltigkeit im Betrieb wird durch eine zukunftsweisende Planung gelegt.*

Regina Prehofer, WU

Die neue WU am Pratergelände gilt als internationales Vorzeigebispiel einer modernen Universität. Welchen Stellenwert hat Nachhaltigkeit bei der Bauplanung eingenommen, Frau Prehofer?

Regina Prehofer: Uns war von Beginn an klar, dass sich der visionäre, zukunftsweisende Charakter der neuen Wirtschaftsuniversität nicht nur in der Architektur widerspiegeln kann. Nachhaltigkeit war ein zentrales Element in der Planung. An einem Beispiel gesprochen: Wir heizen und klimatisieren fast den ganzen Komplex mittels Wärme und Kälte, die wir mit einer Wärmepumpe dem Grundwasser entziehen. Dieses Verfahren ist aufgrund seiner Größe in Österreich meines Wissens einzigartig. Dass sich die Planung in Sachen Energieversorgung bezahlt macht, zeigt sich jetzt schon anhand des Kostenvergleichs gegenüber dem alten Standort. Aber Nachhaltigkeit hat sich in vielen weiteren Facetten während des Baus abgebildet – dies beginnt bei Auswahl der Materialien geht über die Verwendung abgasarmer LKW bis hin zur Verwertung der Baurestmassen.

Herr Kaufmann, warum ist Nachhaltigkeit gerade für das öffentliche Bauwesen von entscheidender Bedeutung?

Philipp Kaufmann: Die Öffentliche Hand hat durch ihre Stellung und ihr großes Volumen an Bauvorhaben natürlich einen wichtigen Vorbildcharakter. Und vor allem kann die Öffentliche Hand der Privatwirtschaft zeigen, wie der Bestand nachhaltiger wird. Denn der zentrale Hebel ist nicht der Neubau, sondern es geht um bereits existierende Gebäude. Im Bestand sehe ich persönlich auch das Denkmal nicht im Widerspruch zur Nachhaltigkeit, auch wenn wir die Fassaden

nicht dämmen können. Oft wird übersehen, welche entscheidende Rolle Immobilien neben dem Verkehr und der Industrie beim Thema Nachhaltigkeit spielen: Immobilien binden 80 Prozent des Anlagevermögens von Unternehmen und 50 Prozent der weltweiten Ressourcen. Sie sind für 40 Prozent des Energieverbrauchs verantwortlich, produzieren 30 Prozent der Emissionen und verursachen 20 Prozent der Krankheiten.

Beim Bau der neuen WU wurde also der Grundstein für einen nachhaltigen Betrieb gelegt. Wie sieht es nun in der Praxis aus?

Prehofer: Natürlich lässt sich während der Planung und im Bau schon vieles berücksichtigen. Aber es geht auch um einen nachhaltigen Betrieb, der weitaus schwieriger umzusetzen ist. Das hat viel mit Bewusstseinsbildung zu tun, vor allem unter den Mitarbeitern, die für den Betrieb einer Immobilie zuständig sind. Hinzu kommt, dass wir beim Thema Nachhaltigkeit nicht nur einen ökonomischen und ökologischen Anspruch definiert haben, sondern auch den sozialen Aspekt miteinbeziehen. Barrierefreiheit spielt in der WU etwa eine große Rolle.

Herr Hofer, welche Kriterien muss man beachten, wenn man den Betrieb eines Gebäudes nachhaltig gestalten will?

Hannes Hofer: Zur Optimierung des professionellen Einkaufs ziehen wir die Parameter Kosten, Qualität und Risiko heran. Qualität steht dabei stark in Zusammenhang mit Nachhaltigkeit. Das heißt, wir definieren Leistungsmerkmale für ein bestimmtes Qualitätsniveau. Ökologische und soziale Kriterien haben darin natürlich einen wichtigen Platz. Ergänzend ist für

DIESER BEITRAG ERFOLGT MIT FREUNDLICHER UNTERSTÜTZUNG
DER ÖSTERREICHISCHEN GESELLSCHAFT FÜR NACHHALTIGE IMMOBILIENWIRTSCHAFT (ÖGNI)

uns das Risiko ein zentrales Thema: Bei Beschaffungsvorhaben gilt es zu entscheiden, ob man sich auf Bewährtes verlässt. Oder ob man sich auf neue, eventuell aber noch wenig etablierte Technologien einlässt.

Kaufmann: Ein wesentliches Kriterium ist der Nutzen für die Bewohner eines Gebäudes. Etwa die Steigerung der Lebens- und Arbeitsqualität. Sinken zum Beispiel die Krankenstände der WU-Mitarbeiter und der Studenten seit dem Umzug deutlich, hat man ein wichtiges Ziel erreicht. Hier haben wir noch Wissenslücken, und uns fehlen leistungsfähige Tools, damit wir gerade diese sozialen Effekte messen und dokumentieren können.

Was braucht es unterstützend – etwa vonseiten der Politik –, damit der öffentliche Bereich seine Vorbildfunktion noch besser wahrnehmen kann?

Hofer: Ich wünsche mir von der Politik mehr Mut und Bereitschaft, Chancen und Risiken von Nachhaltigkeit klar zu kommunizieren. Das lässt sich gut am Beispiel Stromeinkauf darstellen: Trifft man die Entscheidung, grünen Strom zertifiziert mit dem Österreichischen Umweltzeichen (Anm.: UZ 46, besteht zu hundert Prozent aus erneuerbaren Energieträgern, Strom aus Großkraftwerken ist nicht erlaubt) einzukaufen, ist klar, dass dieser teurer ist – mit dem Vorteil, besonders viel für die Umwelt getan zu haben.

» *Ich wünsche mir von der Politik mehr Mut, Chancen und Risiken von Nachhaltigkeit klar zu kommunizieren.*

Hannes Hofer, BBG

»



Hannes Hofer

wurde nach beruflichen Erfahrungen in der Industrie und im Kabinett des Finanzministers im Juni 2006 zum Geschäftsführer der Bundesbeschaffungsgesellschaft (BBG) berufen. Seine inhaltlichen Schwerpunkte liegen bei der Optimierung von Einkaufsprozessen sowie gesellschaftspolitisch relevanten Beschaffungsthemen.



Philipp Kaufmann

gründete 2009 gemeinsam mit 124 Initiatoren die Gesellschaft für Nachhaltige Immobilienwirtschaft (ÖGNI) und fungiert heute – neben seinen Tätigkeiten als Immobilienreuhändler und Wissenschaftler – als deren Gründungspräsident und bezeichnet sich als „ImmoNomade“, da er zwischen Theorie und Praxis wirkt. Die ÖGNI hat sich den Paradigmenwechsel der Bau- und Immobilienwirtschaft hin zur Nachhaltigkeit zum Ziel gesetzt.



Regina Prehofer

ist seit 2011 Vizerektorin für Finanzen und Infrastruktur der Wirtschaftsuniversität (WU) Wien und war in die Realisierung des im Herbst 2013 fertiggestellten neuen WU Campus zentral eingebunden. Am Projekt hält die Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) 51 Prozent der Anteile, die WU 49 Prozent. Es gilt als Leuchtturmprojekt für nachhaltiges Bauen und ist nach dem internationalen DGNB-System zertifiziert.



Franz Sattlecker

ist Betriebswirt und leitet seit 1992 die Schönbrunn Kultur- und Betriebs GmbH, die für den Betrieb, die Erschließung und Erhaltung führender österreichische Kulturdenkmäler wie das Schloss Schönbrunn, der Kaiserappartements oder des Sisi Museums und seit 2013 auch für die Marchfeldschlosser Schloss Hof und Schloss Niederweiden verantwortlich ist.



Im Weißgoldzimmer von Schloss Schönbrunn traf sich am 3. April 2014 eine prominent besetzte Runde: Regina Prehofer, Hannes Hofer, Philipp Kaufmann und Franz Sattler (v.l.n.r.) diskutierten die beiden Republik-Redakteure Gudrun Haigermoser und Stefan Grampelhuber.

Und wie müssen Gebäude beschaffen sein, um den Veränderungen der Zeit gewachsen zu sein?

Kaufmann: Wir können nicht alle Gebäude neu bauen. Im Bestand haben wir den größten Handlungsbedarf. Ich spreche hier vor allem von solchen aus den 70er- und 80er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Diese weisen oft im Grundbestand deutliche Mängel auf. Bauten aus früheren Zeiten haben hingegen eine entscheidend bessere Substanz, hier zeigt sich der Vorteil des „Alten“: Viele beweisen bereits seit Jahrhunderten, dass sie gut und flexibel nutzbar sind.

Herr Sattler, wie lassen sich die Ansprüche einer möglichst originalgetreuen Erhaltung und einer nachhaltigen Sanierung unter einen Hut bringen? Welche Aspekte stehen im Vordergrund, welche lassen sich schlichtweg nicht umsetzen?

Franz Sattler: Wir werden oft mit dem Vorurteil konfrontiert, dass die rund zwei Millionen Touristen, die pro Jahr das Schloss Schönbrunn besuchen, für den größten Sanierungsbedarf verantwortlich sind. Das ist nicht richtig. Wie bei vielen Schlössern ist das Außenklima für uns ein weit größeres Problem als der Besucheransturm. Der Denkmalschutz macht uns bei der Sanierung oft einen Strich durch die Rechnung. Wir können eben Fassaden nicht einfach dämmen und renovieren, wie das bei Neubauten der Fall ist. Ähnlich verhält es sich bei der Um-

rüstung auf alternative Energieformen, da wir nicht einfach Solarpaneele auf den Dächer anbringen können. Als Ersatz arbeiten wir mit weniger effizienten Dünnschicht-Photovoltaik-Elementen. Eine wesentliche Maßnahme war die Dämmung der Dachböden, das hat enorm viel gebracht.

Hofer: Hier möchte ich auch einhaken. Wir setzen uns in der Bundesbeschaffung aktuell stark mit dem Thema Innovationsförderung auseinander und arbeiten dazu mit der Burghauptmannschaft zusammen, die mit ähnlichen Problemen konfrontiert ist. Bei diesem Beispiel für „Pre Commercial Procurement“ (PCP, vorkommerzielle Beschaffung) geht es darum, in Zusammenarbeit mit privaten Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen unbürokratisch und flexibel neue Lösungen zu entwickeln. Konkret geht es um das umweltfreundliche Heizen und Kühlen von historischen Gebäuden, da man nicht auf Standardlösungen zurückgreifen kann.

Wie schafft man den Spagat zwischen dem Schutz historischer Baumasse und einem Bauwerk, das als Kulturgut ein wichtiges Element für den Städtetourismus darstellt?

Sattler: Sie sprechen einen wichtigen Punkt an. Historische Gebäude haben natürliche Abnutzungserscheinungen. Diese unter einen Glassturz zu stellen und keine Besucher mehr hineinzulassen ist allerdings keine Lösung. Wie und warum sollte die Öffentliche Hand dann die Erhaltung und alle Neuerungen finanzieren? Historische Gebäude im Kern einer Stadt sind ein gutes Beispiel für das Thema Umwegrentabilität. Sie ziehen interessierte Besucher an. Gebäude wie Schloss Schönbrunn, die Hofburg oder der Stephansdom sind schließlich der Grund für viele Gäste, nach Wien zu kommen. Und diese Menschen besuchen ja nicht nur diese Gebäude, sie nächtigen auch in Wiener Hotels und essen in den Wiener Lokalen.

Prehofer: Die Umwegrentabilität nimmt auch für die neue WU einen nicht unwesentlichen Stellenwert ein. Ich bin froh, dass der neue Campus mittlerweile viele Leute anzieht, die weder Studierende sind noch auf der Universität arbeiten. Hierher kommen Touristen genauso wie Personen, die in der Umgebung wohnen und die den Campus wie einen Park als Erholungszone nutzen.

Lebenszyklusanalyse ist ein Begriff, der immer wieder fällt, wenn es um die Nachhaltig-

DIESER BEITRAG ERFOLGT MIT FREUNDLICHER UNTERSTÜTZUNG
DER ÖSTERREICHISCHEN GESELLSCHAFT FÜR NACHHALTIGE IMMOBILIENWIRTSCHAFT (ÖGNI)

keit von Immobilien geht. Was ist darunter zu verstehen, wie weit spielt sie bereits eine Rolle?

Kaufmann: Wir müssen in Sachen Ausschreibungen umdenken und wegkommen vom Diktat der Investitionskosten hin zu einer nachhaltigen Qualität. Weg von der Momentaufnahme, wie der (Kalt-)Miete, hin zur Betrachtung des Lebenszyklus und somit der Gesamtbelastung für den Nutzer, die aus Miete und Bewirtschaftungskosten besteht. Maßnahmen müssen transparent gemacht werden, damit sie andere zum Nachmachen animieren.

Prehofer: Der WU Campus ist auf jeden Fall ein Vorzeigeprojekt in Sachen Lebenszyklusplanung. Die prognostizierten Baukosten wurden eingehalten, dennoch war das Investitionsvolumen ausreichend bemessen, um zum Beispiel die Energieversorgung nachhaltig und modern zu planen und zu gestalten. Man merkt schon jetzt, dass sich die Investitionen gerechnet haben.

Hofer: Grundsätzlich berücksichtigt jeder, der qualifiziert ausschreibt und einkauft, den Lebenszyklus. Aber um noch mehr Professionalität zu ermöglichen, wünsche ich mir einen höheren Stellenwert für den Einkauf in der Ausbildung: Denn das ist ein Fach, das man in Österreichs Universitäten nicht dezidiert studieren kann. Es gibt in den meisten Unternehmen Marketing-, Finanz- und Personalspezialisten. Aber die Person, die in vielen Einrichtungen das meiste Geld ausgibt und zwischen zehn und 70 Prozent der Gewinn- und Verlustrechnung zu verantworten hat, hat ihr Geschäft nicht studiert.

Sattlercker: In historischen Gebäuden haben wir es mit unterschiedlichen Lebenszyklen zu tun, Textilien beispielsweise wurden nicht für eine dauerhafte Ausstellung geschaffen. Sie sind nicht unendlich oft restaurierbar. Irgendwann ist keine Substanz mehr vorhanden. Um diese auch weiterhin erhalten zu können, müssen wir uns etwas überlegen. Eine Möglichkeit ist, Kopien von wertvollen Tapissereien herzustellen, und die

se abwechselnd mit den Originalen der Bevölkerung zu zeigen. Auch diese Möglichkeiten zur Regeneration sind ein wichtiges Investment in die Nachhaltigkeit.

Was ist Ihnen in Sachen Nachhaltigkeit für die Zukunft besonders wichtig? In welche Richtung muss die Reise weitergehen?

Sattlercker: Bei historischen Gebäuden wird man sich in Zukunft mehr um eine nachhaltige Energieversorgung kümmern müssen. In Sachen Solarenergie ist für uns die Diskussion noch nicht zu Ende. Dazu muss sich auch der Denkmalschutz überlegen, wie er mit Nachhaltigkeit umgeht und moderne, technische Entwicklungen in seine Expertisen einfließen lässt. Neben der Hülle ist die Sanierung des Inneren und der möglichst originalgetreue Erhalt für die zukünftigen Generationen unsere größte Herausforderung.

Kaufmann: Wichtig ist mir, dass Umweltauswirkungen in Form von Ökobilanzen (wie u. a. die CO₂-Bilanz) von Gebäuden in Zukunft bei der Beschaffung berücksichtigt werden. Allerdings braucht es dazu noch ein allgemeines Umdenken, da gerade, was den CO₂-Ausstoß betrifft, noch viele Mythen kursieren. An einem Beispiel gesprochen: Stellt man heute (April des Jahres) die Frage „Apfel oder Banane?“, würden viele umweltbewusste Menschen vom Gefühl her eher zum einheimischen Apfel greifen. Dies ist aber ein Irrtum: Da dieser seit Herbst im Kühlhaus lagert, ist sein Genuss zumindest jetzt in der Frühlingzeit weitaus bedenklicher als das Verschiffen der Banane aus Südamerika. Deshalb brauchen wir Systeme und gemeinsame Standards zur Bewusstseinsbildung.

Hofer: Im Rahmen des 2010 beschlossenen „nationalen Aktionsplans für nachhaltige öffentliche Beschaffung“ haben wir uns auf Kriterien geeinigt, wie ökologischer Einkauf konkret aussehen kann. In der BBG werden diese Kriterien bei Ausschreibungen angewandt.

» *Besser bauen und damit denken und handeln im Lebenszyklus muss erlaubt und ermöglicht werden.*

Philipp Kaufmann, ÖGNI

» *Der Denkmalschutz muss sich überlegen, wie er in Zukunft mit Thema Nachhaltigkeit umgeht.*

Franz Sattlercker,
Schloss Schönbrunn

Medienkooperation

Die REPUBLIK-Diskussionsreihe Forum for Excellence bringt Experten aus dem öffentlichen Sektor und der Privatwirtschaft an einen Tisch, um gesellschaftspolitisch relevante Zukunftsthemen zu erörtern. Medienkooperation bedeutet, dass die Österreichische Gesellschaft für Nachhaltige Immobilienwirtschaft in das Themensetting eingebunden ist. Die Umsetzung (Auswahl der Gesprächspartner, Fragenkatalog etc.) liegt jedoch im alleinigen Verantwortungsbereich der REPUBLIK-Redaktion.

Massive Überalterung, mehr Gleichberechtigung

VERWALTUNG INTERN Die demografische Entwicklung im Bundesdienst bereitet Kopfzerbrechen: Obwohl die Frauenquote Wirkung zeigt, ist fast jeder zweite Akademiker im Bundesdienst über 50 Jahre alt. Auf die Personalmanager im Öffentlichen Dienst warten große Herausforderungen.

Text Stefan Grampelhuber

Der aktuelle Personalbericht des Bundes liegt vor und gibt interessante Einblicke in die Entwicklung des Mitarbeiterstandes im Bundesdienst. Insgesamt ist der Gesamtbestand der Personen, die im Bundesdienst tätig sind, rückläufig. Waren es im Jahr 2006 noch 133.312 Personen, so sind es mit Stichtag 31. Dezember 2012 131.183. Das ist nicht weiter verwunderlich und liegt vorrangig am Aufnahmestopp, der im Zuge des Konsolidierungspaketes 2012 beschlossen wurde und den Öffentlichen Dienst ausgedünnt hat. Am stärksten von den Einsparungen betroffen ist der Verwaltungsdienst (im Vergleich mit anderen Berufsgruppen wie Lehrern oder Staatsanwälten): Seit 1999 wurden rund 17 Prozent dieser Stellen nicht nachbesetzt, das entspricht einer Einsparung von 9.200 Vollzeitäquivalenten.

Durchschnittsalter 45,2 Jahre

Augenfällig ist außerdem das hohe Durchschnittsalter, das aktuell bei 45,2 Jahren für Personen im Bundesdienst liegt. Diese Zahl steigt stetig seit 1995 und hat sich in vergangenen beiden Jahren durch den Einstellungsstopp nicht unbedingt zum Besseren entwickelt. Zum Vergleich: Das durchschnittliche Alter in der Privatwirtschaft liegt fast acht Jahre darunter bei 37,7 Jahren. Mittlerweile sind sogar 38,5 Prozent der Staatsdiener im Bund über 50 Jahre alt und nur rund 20 Prozent unter 35 Jahre oder jünger. Besonders schlimm ist es bei den Akademikern: Hier ist schon beinahe jeder Zweite (46 Prozent) über 50 Jahre alt. Der Bundesdienst ist also von einer massiven Überalterung bedroht.

Die Folge: In den kommenden zehn Jahren ist mit hohen Abgängen aufgrund von Pensionierungen zu rechnen. Auf den Bund werden deshalb zwei heikle Aufgaben zukommen: Erstens muss das Wissen jener hohen Anzahl von Personen, die durch Pensionierungen ausscheiden, gesichert werden. Der zügige Ausbau des Knowledge-Managements im Bund ist deshalb uner-

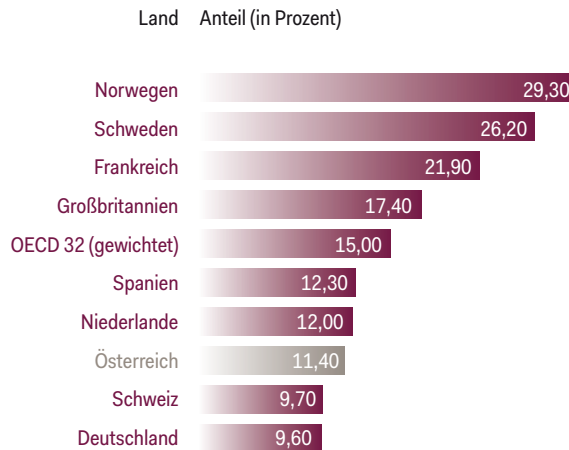
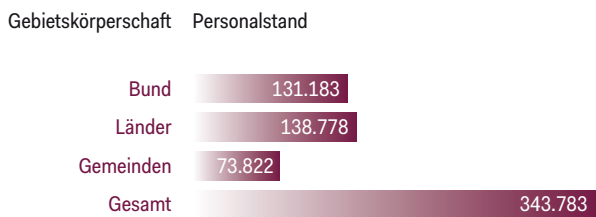
lässlich. Und zweitens muss der Bundesdienst gerade für junge Leute attraktiv sein, die nach Ende des Einstellungsstopps die Pensionierungswelle abfedern müssen. Das heißt, der Öffentliche Dienst steht noch mehr in Zugzwang als bisher, für Leute, die die Karriereleiter nach oben steigen wollen, eine interessante Alternative zur Privatwirtschaft zu bieten.

Frauenanteil steigt

Erfreulich sind hingegen die Tendenzen bei den Geschlechterverhältnissen: Frauen holen deutlich auf. Und zwar in nahezu allen Gruppen des Bundespersonals. Der gesamte Frauenanteil lag Ende 2012 bei 40,9 Prozent, im Jahr 1995 waren dies nur 35,9 Prozent. Besonders hoch ist der Anstieg bei den Akademikerinnen, hier kam es seit 1995 zu einer Steigerung von 16 Prozent. Er liegt nun bei 55 Prozent.

Eine zentrale Frage in Zusammenhang mit Gleichberechtigung ist, wie stark Frauen in Führungspositionen vertreten sind. Zum einen geht Führungsverantwortung mit Entscheidungs- und Gestaltungsmöglichkeiten einher. Zum anderen wirkt sich eine Managementfunktion logischerweise auf die Einkommenshöhe aus. Auch hier zeigt sich ein klarer Sprung nach vorn: Der Anteil von Frauen in Topjobs – also in der besoldungsrechtlichen Einstufung A1/7–8 (das sind Sektionsleiterinnen, Gruppenleiterinnen und Leiterinnen großer nachgeordneter Dienststellen) – ist von 2006 bis 2012 um etwas mehr als acht Prozent gestiegen und liegt am Stichtag 31. Dezember 2012 bei 24 Prozent. Allerdings ist diese Zahl im ersten Halbjahr 2013 wieder etwas gesunken und lag im vorigen Juni bei 20 Prozent, was wiederum mit dem Einstellungsstopp zu tun haben dürfte.

Der Akademikeranteil in der besoldungsrechtlichen Stufe darunter (A1/5–6) – dazu gehören etwa Abteilungs- und Referatsleiterinnen – liegt mittlerweile bei 35 Prozent. Das bedeutet einen Anstieg von mehr als 15 Prozentpunkten seit



PERSONALBESTAND IM ÖFFENTLICHEN DIENST

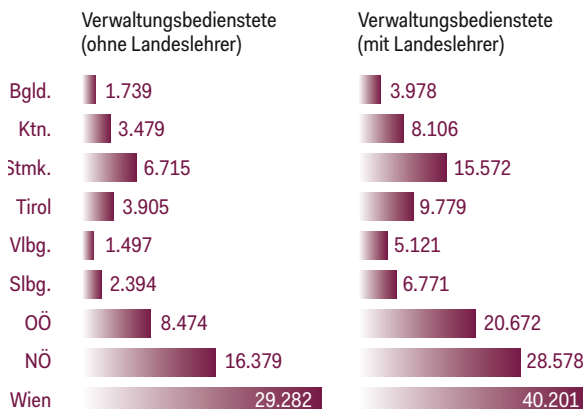
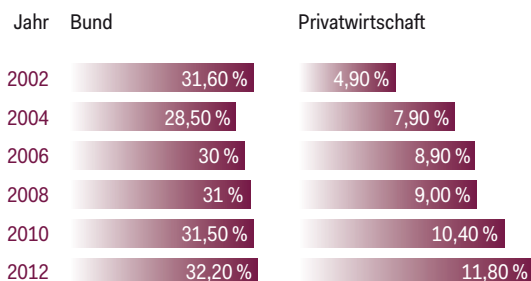
Der Personalbestand in den Verwaltungsapparaten der neun Bundesländer ist mit rund 139.000 Personen der höchste im Vergleich mit allen anderen Gebietskörperschaften und liegt um rund 7.000 Personen vor dem Bund. Bei den 2.356 österreichischen Gemeinden (ohne Wien) sind rund 73.800 Mitarbeiter beschäftigt. Des Weiteren waren rund 88.600 Mitarbeiter in den Landeskrankenanstalten und rund 10.800 in sonstigen, ausgegliederten Dienststellen tätig.

Quelle: Bund – MIS (Datenstand: Bund 31. 12. 2012; Personalstände in Vollbeschäftigtenäquivalenten, exkl. ausgegliederte Einrichtungen und Betriebe); Länder (2012) – eigene Angaben der Bundesländer auf Basis des österreichischen Stabilitätspakts abzüglich Landeskrankenanstalten; Gemeinden (2011) – Statistik Austria

INTERNATIONALER VERGLEICH: DER ANTEIL ÖFFENTLICH BEDIENTETER AN DER GESAMTBEVÖLKERUNG

Klare Spitzenreiter bei den Staatsdienern sind die skandinavischen Länder. Österreich liegt mit etwas über elf Prozent sogar unter dem OECD-Schnitt. Der Haken dabei: Die Daten stammen aus dem Jahr 2008 und berücksichtigen damit noch nicht die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Öffentlichen Dienst wie etwa den Aufnahmestopp in Österreich. Man kann deshalb davon ausgehen, dass der Anteil noch stärker zurückgegangen ist.

Quelle: Government at a Glance 2011; OECD 2011



AKADEMIKERANTEIL: ÖFFENTLICHER DIENST UND PRIVATWIRTSCHAFT IM VERGLEICH

Der Akademikeranteil wächst stetig. Im privaten Sektor ist der Zuwachs jedoch deutlich höher als in der Privatwirtschaft. Der Grund für den insgesamt deutlich höheren Akademikeranteil im Öffentlichen Dienst liegt in der Zusammensetzung der Berufsgruppen: Richter, Staatsanwälte und ein Großteil der Lehrer sind Akademiker.

Quelle: Öffentlicher Dienst: „Das Personal des Bundes 2013“, S. 40; Privater Sektor: Statistik Austria

BUNDESLÄNDER IM VERGLEICH: VERWALTUNGSBEDIENTETE

Bei den Personalbeständen der Bundesländer (BL) stechen klar Wien und Niederösterreich hervor. Eine spezielle Stellung innerhalb der Landesbediensteten nehmen außerdem die Landeslehrer ein. Mit rund 65.000 Vollzeitäquivalenten stellen sie eine der größten Berufsgruppen im Öffentlichen Dienst dar.

Quelle: „Das Personal des Bundes 2013“, S. 10

1995. Die Gründe für diese Entwicklungen sind vielfältig: Einen wesentlichen Ausschlag hat sicher die Quotenregelung im Bundesdienst, die in Paragraf 11 des Bundes-Gleichbehandlungsgesetzes festgeschrieben ist. Hinzu kommen Frauenförderpläne oder eigene Mentoringprogramme für Frauen in Führungspositionen in einzelnen Einrichtungen. Auch ist der Akademikeranteil insge-

samt in den vergangenen Jahren langsam, aber stetig gewachsen. Unterbrochen wurde dieser Trend nur 2004. Dies lag an der Ausgliederung der Universitäten. Die gesamte Berufsgruppe der Hochschullehrerinnen wird seitdem nicht mehr in der Statistik erfasst. Deutlich stärker als im Öffentlichen Dienst ist hingegen der Anteil der Akademiker in der Privatwirtschaft gestiegen (s. Grafik 3).

Dritte Runde für Verwaltungsmesse

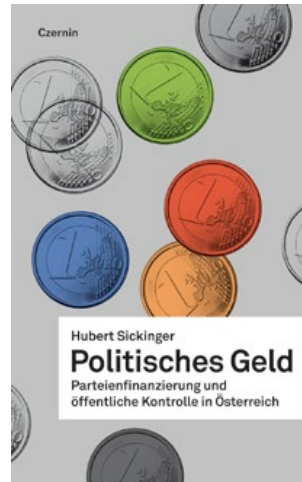


BBG

Heuer fand die Verwaltungsmesse in Kombination mit der BBG-Messe „Nutzen.Leben“ statt.

Nach 2011 und 2012 kam es am 27. März 2014 zur mittlerweile dritten Auflage der österreichischen Verwaltungsfachmesse mit dem bezeichnenden Titel „Verwaltungsreform – what else?“. Nachdem die Belastbarkeit der Räumlichkeiten im Wiener Museumsquartier bei der vorigen Messe im Jahr 2012 deutlich an ihre Grenzen geraten war, entschied sich das Bundeskanzleramt die Veranstaltung nun in der Halle D der Messe Wien abzuhalten. Rund 2.200 Personen folgten diesem Ruf und konnten mit deutlich weniger beengtem Gefühl auch gleich die Messe der Bundesbeschaffung GmbH besuchen, die in derselben Messehalle anzutreffen war. Besonders interessant waren in diesem Jahr die Vorstellung einiger Best-Practice-Beispiele von Verwaltungsprojekten, etwa die Vorstellung der EU-Datenbank der Parlamentsdirektion oder der neuen elektronischen Rechnung des BMF. Was man bei der Planung der Messe in den kommenden Jahren überdenken sollte: Ein großflächiger Fokus auf Gerätschaften für den Winterdienst oder die Straßenreinigung scheint bei einer Messe, die vorrangig von Verwaltungsmitarbeitern aus dem Bund und den Ländern frequentiert wird, eher deplatziert und ist wohl bei Kommunalstellen besser aufgehoben.

Sickingers Einblicke



Neues Buch widmet sich Politiker- und Parteienfinanzierung.

Politologe Hubert Sickinginger gibt in einem neuen Buch Einblicke in die Finanzierung österreichischer Parteien und Politiker, die, wie er meint, von „Intransparenz und hohen staatlichen Zuwendungen gekennzeichnet“ ist. Er gibt einen detaillierten Überblick über Einnahmen und Ausgaben der Parteien, Bezahlung und Nebeneinkünfte von Politikern als auch über die verschärften Antikorruptionsregelungen, die vor zwei Jahren beschlossen wurden. Ein Kapitel ist außerdem „indirekten Formen staatlicher Parteienfinanzierung“ gewidmet und beschäftigt sich etwa mit der Öffentlichkeitsarbeit von Ministerien und den Mitarbeiterstäben der Regierungsmitglieder.

Der 1965 in Braunau geborene Sickinginger studierte Jus und Politikwissenschaft in Innsbruck. Seit 1992 arbeitet er am Wiener Institut für Konfliktforschung und sitzt im Beirat von Transparency International. „Politisches Geld“ beleuchtet die Finanzierung österreichischer Parteien kompakt und verständlich, das Werk ist eine gut lesbare Sammlung.

Hubert Sickinginger

„Politisches Geld. Parteienfinanzierung und öffentliche Kontrolle in Österreich“
274 Seiten, Czernin-Verlag, € 24,90

TERMINÜBERSICHT
April / Mai / Juni 2014
republik

24.
April **Vortrag und Diskussion**
Thema: „Krise des Kapitalismus – Krieg gegen den Planeten“
 Verant.: Büros für Gleichstellung und Gender Studies der Universität Innsbruck
 Ort: Großer Saal der AK Tirol, Maximilianstraße 7, 6020 Innsbruck
www.uibk.ac.at

28.
April **ADV-Forum**
Vorstellung des Open Data Portal Österreich
 Verant.: Wikimedia Österreich, Open Knowledge Foundation Österreich, OGD
 Ort: MQ, quartier21, Raum D, Museumsplatz 1, 1070 Wien
www.oewav.at

5.–9.
Mai **IFAT**
Weltleitmesse für Wasser-, Abwasser-, Abfall- & Rohstoffwirtschaft
 Verant.: Messe München GmbH | Ort: Messe München, Messegelände, 81823 München
www.ifat.de

8.
Mai **ÖPNV-Tagung 2014**
Öffentlicher Personennahverkehr: Wohin geht die Reise?
 Verant.: Österr. Verkehrswissenschaftliche Gesellschaft
 Ort: Besucherzentrum der Wiener Linien, U-Bahn-Station Volkstheater, 1070 Wien
www.oevg.at

19.–23.
Mai **Smart Grids Week Graz 2014**
Treffpunkt von Wirtschaft, Netzbetreibern, Forschung und Verwaltung zum Thema „intelligente Strominfrastruktur“
 Verant.: BMVIT, Klima- und Energiefonds, Energie Steiermark
 Ort: Congress Graz, Albrechtgasse 1, 8010 Graz
www.energiesystemederzukunft.at

22.–23.
Mai **eHealth Summit 2014**
Schwerpunkt: „Outcomes Research: Der Nutzen von Gesundheits-IT“
 Verant.: HIMSS Europe | Ort: Schloss Schönbrunn Tagungszentrum, Apothekertrakt, 1130 Wien
www.ehealthsummit.at

26.
Mai **12. NPO-Tag**
Thema: Rethink Civil Society. Wer rettet die Welt?
 Verant.: NPO & SE Kompetenzzentrum der WU Wien
 Ort: Campus WU Wien, Festsaal 1, Library Center, Welthandelsplatz 1, 1020 Wien
www.wu.ac.at/npo

3.–4.
Juni **eGovernment-Konferenz 2014**
Thema: Trends für eGovernment – eine kritische Bewertung
 Verant.: Arbeitsgemeinschaft Datenverarbeitung (ADV)
 Ort: Kultur- und Kongresszentrum Eisenstadt, Franz-Schubert-Platz 6, 7000 Eisenstadt
www.adv.at

17.
Juni **ÖVG-Fachtagung**
Thema: Der Hauptbahnhof Wien als Anstoß für die Stadtentwicklung
 Verant.: Österr. Verkehrswissenschaftliche Gesellschaft, TU Wien
 Ort: Festsaal der TU Wien, Karlsplatz 13, 1040 Wien
www.oevg.at

17.–18.
Juni **eHealth Conference 2014**
Thema: Menschen, Metropolen, Möglichkeiten – bessere Versorgung durch eHealth
 Verant.: dt. Bundesministerium für Gesundheit
 Ort: Hotel Grand Elysée, Rothenbaumchaussee 10, 20148 Hamburg
ehealth.gvg.org



EuRH

Europäischer Rechnungshof

Rechnungshof-Sektionschef wechselt auf EU-Terrain

Name Oskar Herics Jahrgang 1958

Neue Position Mitglied des Europäischen Rechnungshofs (EuRH)

Bisherige Position Leiter der Sektion für Finanzen und Nachhaltigkeit im Rechnungshof **Zusatzinfo** Herics folgt auf Harald Wögerbauer, dessen Mandat – für viele überraschend – nicht verlängert wurde. Herics Nachfolger im Rechnungshof wird Gerhard Steger, ehemals Leiter der Budgetsektion im Finanzministerium.



BMI

Innenministerium

Neue Behörde, neue Vizedirektoren

Name Elisabeth Wenger-Donig Jahrgang 1975

Neue Position Vizedirektorin im Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA), zuständig für Recht und Internationales

Zusatzinfo Zweiter Vizedirektor des BFA ist Karl-Heinz Larcher (Jg. 1956), zuständig für Ressourcen, vormals Vizedirektor und IT-Koordinator des Bundesasylamtes.



BMF/Grondahl

Finanzministerium

Volkswirt übernimmt Abteilung

Name Paul Schieder Jahrgang 1976

Neue Position Leiter der neu gegründeten Abteilung III/9, Europäische und internationale Stabilitätsmechanismen

Bisherige Position Fachreferent der Abteilung III/1, Leiter der Task Force on Coordinated Action im EU-Wirtschafts- und Finanzausschuss (2011 bis 2013)



BMLFUW

Ministerium für ein Lebenswertes Österreich

Vom Kabinett in die Abteilungsleitung

Name Margareta Scheuringer Jahrgang 1976

Neue Position Leiterin der Abteilung II/2, Schule, Erwachsenenbildung und Beratung

Bisherige Position Im Kabinett des Landeswirtschaftsministers zuständig für Umwelt und Wasserwirtschaft



BMG

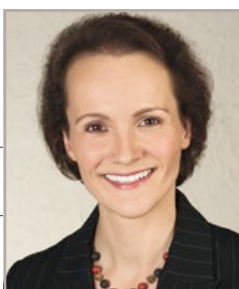
Gesundheitsministerium

Mediziner mit internationaler Erfahrung überwacht Infektionskrankheiten

Name Peter A. J. Kreidl Jahrgang 1960

Neue Position Abteilungsleiter für Übertragbare Erkrankungen, Krisenmanagement und Seuchenhygiene

Bisherige Position Senior Expert (u.a. für Krisenmanagement) am Europäische Zentrum für Prävention und Kontrolle von Krankheiten (ECDC) mit Sitz in Solna, Schweden (2007– 2013)



AMS Österreich

Arbeitsmarktservice Österreich

Neue Leiterin der Organisationsentwicklung

Name Christina Leitner Jahrgang 1969

Neue Position Leiterin der Abteilung für Organisationsentwicklung und Personalausbildung des AMS Österreich

Bisherige Position Bereichsleiterin am Institut für Kommunikationsmanagement an der FH Wien

IM GESPRÄCH

Alles in einer Hand

Name Wolfgang Taucher Jahrgang 1963

Neue Position Direktor des Bundesamts für Fremdenwesen und Asyl (BFA) seit Jänner 2014

Bisherige Position Direktor des Bundesasylamts (1996 – 2013)



BMI

Der sensible Bereich bleibt, aber die Arbeit wird mehr“, sagt Wolfgang Taucher, neuer Direktor des Bundesamts für Fremdenwesen und Asyl (BFA). Die Zusammenfassung von Kompetenzen aus mehr als 190 Behörden bringt mehr Effizienz, heute wird in nur einem bundesweiten Verfahren über Asylgewährung, subsidiären Schutz und humanitäres Bleiberecht – früher in Landeshand – entschieden. Besonders wichtig ist es nun, „hin zu einer einwandfreien Durchführung der Verfahren zu gelangen“. Als langfristiges Ziel definiert der Migrationsexperte – nach der EU-weiten rechtlichen Harmonisierung – eine praktische Vereinheitlichung unter anderem in der Versorgung von Asylwerbern oder durch standardisierte Interviews. Und: „Es sollten in allen EU-Staaten ähnliche Phänomene – wie zum Beispiel die Situation syrischer Flüchtlinge – gleich eingeschätzt werden.“

Zwei Ereignisse haben Taucher, der seit 2013 auch Verwaltungsratsvorsitzender der EU-Asylagentur EASO ist, beruflich geprägt: „Zum einen meine Tätigkeit bei der Caritas zur Zeit des

Bosnienkriegs, als Verfolgung und Flucht unmittelbar vor unserer Haustür passierten.“ Zum anderen beeindruckte ihn die Wirkung von Veränderungsprozessen in der jüngeren Vergangenheit: „Ich habe dabei viele neue Menschen, aber auch bekannte Personen neu kennengelernt.“

Nach dem Jusstudium in seiner Geburtsstadt Graz ging Taucher als Uni-Assistent ans Max-Planck-Institut in Heidelberg und kam dort stark mit Asylrechtsfragen in Berührung. „Für mich war klar, mit diesem Wissen in die Praxis zu gehen.“ Von 1988 bis 1996 war Taucher in der Zentrale der Caritas tätig. Ein beruflicher „Zwischenstopp“ (1994) im Uno-Flüchtlingshochkommissariat eröffnete spannende Perspektiven. 1996 folgte die Bestellung zum Direktor des Bundesasylamts. Stolz ist der Jurist auf die berufs begleitende Absolvierung des Masterstudiums Strategisches Sicherheitsmanagement an der FH Wiener Neustadt (2010 bis 2012). Entspannen kann der „Binnenmigrant“, der es gewohnt ist, „die Dinge zu Ende zu bringen“, am besten im Kreis seiner Familie.



BMLVS

Verteidigungsministerium

Neuer Berater in Sachen Sicherheitspolitik

Name Johann Frank Jahrgang 1969

Neue Position Leiter der Direktion für Sicherheitspolitik

Bisherige Position Sicherheitspolitischer Berater im Kabinett des Verteidigungsministers (seit 2012), vorher Leiter des Büros für Sicherheitspolitik (seit 2008)



BMJ

Oberstaatsanwaltschaft Innsbruck

Neue Leiterin für die Justizsprenkel Tirol und Vorarlberg

Name Brigitte Loderbauer Jahrgang 1957

Neue Position Leiterin der Oberstaatsanwaltschaft Innsbruck

Zusatzinfo Ebenfalls neu in Innsbruck ist Klaus Schröder (geb. 1957) als Leiter des Oberlandesgerichtes, das für Tirol und Vorarlberg zuständig ist.



In aller Kürze

1. Agrarökonom **Michael Esterl** (geb. 1977) wechselt vom ÖVP-Parlamentsklub als Leiter ins Kabinett von Landwirtschaftsminister **André Rupprechter**. 2. **Thomas Schützenhöfer** (geb. 1979), ehemaliger Kabinettschef von Justizministerin **Beatrix Karl**, leitet die Justizbetreuungsagentur (JBA). Diese stellt der österreichischen Justiz Personal zur Verfügung. 3. **Sven Pöllauer** (geb. 1981), vormals Sprecher von Justizministerin **Karl**, ist neuer Pressesprecher von Familienministerin **Sophie Karmasin**; Büroleiter ist **Johannes Peterlik**. 4. **Nathalie Harsdorf** (geb. 1985) wurde zur stellvertretenden Geschäftsstellenleiterin der Bundeswettbewerbsbehörde (BWB) befördert. 5. Und noch eine Personalnachricht aus der BWB: **Nathalie Maierhofer** (geb. 1985) ist neue Pressesprecherin.

FOTOS: BMLFUW, JBA, BMFJ, BWB



Vetmed-Uni Wien

„Chancengleichheit existiert nur auf dem Papier“

SONJA HAMMERSCHMID, Rektorin der Wiener Vetmed-Uni, möchte gern mit dem US-Präsidenten auf einen Kaffee gehen und träumt von einer Schlittenhundetour durch Alaska.

Interview Stefan Grampelhuber

STECKBRIEF

Sonja Hammerschmid

geb. 1968 in Steyr (OÖ)

1995

Abschluss des Doktoratsstudiums der Naturwissenschaften

1999 – 2005

Leiterin von Life Science Austria bei der Innovationsagentur GmbH (seit 2003 aws)

2003 – 2010

Leiterin des Bereichs Technologie & Innovation und Gesamtprokuristin der Austria Wirtschaftsservice GmbH (aws)

seit 2010

Rektorin der Veterinärmedizinischen Universität Wien

seit 2012

Präsidentin des Aufsichtsrats der Kunsthallen GmbH

Sonja Hammerschmid ist verheiratet und hat keine Kinder.

Auf welches Ereignis freuen Sie sich gerade?

Auf den 24. Mai. Da öffnet die Veterinärmedizinische Universität Wien samt Universitätskliniken ihre Tore und lädt zum Tag der offenen Tür. Dann gibt es Operationssäle für Tiere, eine Pferdebergung oder Dog-Dancing zu sehen.

Beschreiben Sie sich mit weniger Worten.

Gestalterin und Macherin, die nie das große Bild aus den Augen verliert.

Gibt es einen Menschen, den Sie gern einmal treffen möchten?

Es gibt so viele inspirierende Persönlichkeiten, die ich gern einmal persönlich kennenlernen möchte wie die Managerin Sheryl Sandberg oder Barack Obama.

Würden Sie sagen, dass Sie in der Schule etwas für das Leben gelernt haben?

Die Schule war für mich ein großes Glück. Meine Lehrer haben von Anfang an meine Talente erkannt, meine Fähigkeiten und Neugierde gefördert.

Welche Entscheidung hätten Sie gern anders gefällt?

Im Nachhinein finde ich es schade, dass ich mein Medizinstudium nicht fortgesetzt habe. So hätte ich als Medizinerin Ärzte ohne Grenzen bei Kriseneinsätzen unterstützen können – eine Organisation, die Beeindruckendes leistet.

Über welche Tatsache sind Sie am unglücklichsten?

Dass Chancengleichheit leider nur auf dem Papier existiert.

Was ist der größte Irrtum der meisten Österreicher?

Dass viele Österreicher denken, ihr Leben und Alltag hätte nichts mit Wissenschaft und Forschung zu tun.

Wie viel Prozent Ihres Jobs würden Sie auch gern ausüben, wenn Sie dafür kein Geld bekommen würden?

Grundsätzlich bin ich ein intrinsisch motivierter Mensch. Ich könnte keinen Job machen, bei dem es ausschließlich ums Geld geht. Aber Geld gehört für mich genauso zu einem Job wie Leistung und Verantwortung.

Welches Buch liegt derzeit auf Ihrem Nachtkästchen?

„Wohllebengasse: – Die Geschichte meiner Wiener Familie“ von Tim Bonyhady.

Wovon haben Sie zuletzt geträumt?

Von ausreichend finanzierten Universitäten in Österreich.

Was wollten Sie schon immer einmal ausprobieren, haben sich aber noch nie getraut?

Eine Hundeschlittentour in Alaska. Dafür hat ich bisher aber noch keine Zeit.

Textilmanagement – Blick zurück nach vor.

2013 SALESIANER MIETTEX konnte sich auch in schwierigen Zeiten wie diesen am Markt hervorragend behaupten, blickt auf ein höchst erfolgreiches Jahr zurück und auf weitere spannende Herausforderungen in der Textil-Zukunft Österreichs.

Nachhaltig besser

Am Thema OP Textilien entbrennt im Juni 2013 eine Diskussion über Nachhaltigkeit im Gesundheitswesen. Mit 75% Marktanteil der umweltfreundlichen, wiederaufbereitbaren Mehrweg OP Textilien ist Österreich Europas Umwelt-Musterland. Es wird eine aktuelle Studie der Nachhaltigkeitsagentur Denkstatt zur Verwendung von sterilen OP Textilien im Vergleich zu Einwegprodukten kolportiert. Ergebnis: klare Umwelt-Vorteile für das Mehrweg-System. Außerdem zeigt eine Studie des IWI (Industrie Wissenschaftliches Institut) den verblüffenden Wertschöpfungseffekt von Mehrweg OP Textilien auf – jeder Euro wirkt doppelt für Österreich. Die Veröffentlichung dieser Fakten im Rahmen einer Pressekonferenz zieht Kreise. Tenor: Österreich muss auch im Bereich OP Textilien Umwelt-Musterland bleiben und diese Position weiter ausbauen, Nachhaltigkeit muss sich auch für unser Land und die Arbeitsplätze lohnen. Die Strategie von SALESIANER MIETTEX, Hygiene und Nachhaltigkeit mit entsprechenden Garantien zu gewährleisten, hat sich durchgesetzt.

Umweltaktiv, klima:aktiv, ÖkoProfit

Diese drei neuen Auszeichnungen von SALESIANER MIETTEX-Betrieben im Rahmen der Initiative klima:aktiv des Lebensministeriums erfreuten das Familienunternehmen. Kriterien für diesen Award sind Energieoptimierungsprojekte, die zum Klimaschutz beitragen. Dabei verpflichtet klima:aktiv seine Partner zur Definition und Einhaltung verbindlicher Klimaziele sowie zu laufenden Effizienzmaßnahmen. Weiters wurden nunmehr alle Wiener Betriebe des Textil-Dienst-

leisters mit Öko-Profit prämiert. Eine unabhängige Kommission prüft den Betrieb und vergibt die Auszeichnung für freiwillige Umweltmaßnahmen, die das gesetzlich vorgeschriebene Maß übersteigen. SALESIANER MIETTEX ist sich der Herausforderung bewusst, wie viel Textilmanagement im umweltrelevanten Bereichen tun kann und wird sich in Zukunft noch verstärkt der Herausforderung stellen, weiterhin Pionierarbeit zu leisten.

Auszeichnete Leistungen

SALESIANER MIETTEX sieht sein Potenzial weiterhin in der Intensivierung der Dienstleistung. Qualität, Logistik und Service müssen die Erwartungen des Kunden übertreffen. Als Partner des Textilmanagements in den Bereichen Berufskleidung, Hotellerie und Gastronomie sowie Gesundheitswesen ist man mit Märkten konfrontiert, in denen jede Erleichterung Gold wert ist.

SALESIANER MIETTEX wurde 2013 bei den Business Superbrands national und international als eine der wertvollsten Marken im B2B-Bereich ausgezeichnet. Unabhängige Entscheidungsträger aus Wirtschaftskammer, Patentamt, Universitäten und Wirtschaft wählen jährlich die Preisträger. Diese Bestätigung sowie mehrfache Auszeichnungen als „Dienstleister des Jahres“, Nennung unter den Top 500 Unternehmen Österreichs und „bestes Familienunternehmen Wiens“ sind für das Team von SALESIANER MIETTEX Motivation, den Top-Leistungsstandard zu halten und kontinuierlich zu erweitern. Nicht zuletzt, um immer wieder das neue Motto „Textil-Management vom Besten“ unter Beweis zu stellen.



SALESIANER MIETTEX ist das erste Textilmanagement-Unternehmen, das seinen Kunden eine Hygiene- und Nachhaltigkeitsgarantie gibt.



„Garantieren ist besser als Versprechen. Das wissen wir seit der erfolgreichen Einführung unserer Garantien vor einigen Jahren mit Bestimmtheit.“

Dr. Andreas Philipp
Geschäftsführer
SALESIANER MIETTEX



Forschung & Entwicklung wird bei uns groß geschrieben. Denn Innovation ist die Grundlage unseres Erfolges.

Mit mehr als 4.600 MitarbeiterInnen und 400 Medikamenten sind wir die **Nr. 1 am österreichischen Pharmamarkt.**